



Karin Broukal

„Wir müssen den Kindergarten neu denken!“



Hauptgruppe 1

Wahlen und Wünsche



un teamwork

Das Mitglieder-Magazin der Hauptgruppe 1

4/2024



2025:

+3,5%

2026: Inflation

+0,3%

Fairer Gehaltsabschluss Kaufkraft gesichert



Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1.



HOTEL • RESTAURANT ★★★★★

Grimmingblick

Quelle deiner Energie



LANGLAUFPACKAGE

3-Tageskarte für die Loipe inklusive!

Steigen Sie in der Nähe unseres Hotels in eines der schönsten Loipennetze mit Skatingspur ein.

(180 Loipenkilometer zwischen Grimming, Ödensee und Tauplitzalm)

Dezember 2024 bis April 2025

- ◆ 4 Nächtigungen inkl. Halbpension Plus
- ◆ 3-Tageskarte für die Loipe
- ◆ 1 wärmender „Grimmingcocktail“
- ◆ Ermäßigung im Schiverleih „Gipfel.Momente“
- ◆ Kuschelbademantel und Badetücher während des Aufenthaltes
- ◆ 1 Solariumjeton für die kalten Tage

€ 457,00 pro Person 4 Nächte

Sie sparen als younion-Mitglied bis zu € 108,00

**Auch für 7 Nächte buchbar!
(inklusive Wochenkarte für die Loipe)**

€ 776,00 pro Person 7 Nächte

Sie sparen als younion-Mitglied bis zu € 185,00

Detaillierte Informationen
auf unserer website:
www.hotelgrimmingblick.at



HG 1-Service & rasche Info

Dienstrecht

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Kurt Mrzena-Merding

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Pensionsrecht

Gerald Bauer

gerald.bauer@wien.gv.at

Julia Fichtl

julia.fichtl@wien.gv.at

Margit Pollak

margit.pollak@wien.gv.at

Frauen & Diversität

Regina Müller

regina.mueller@wien.gv.at

Kollektivverträge & Soziale Arbeit

Elisabeth Jarolim

elisabeth.jarolim@wien.gv.at

Organisation & Veranstaltungen

Michael Witzmann

michael.witzmann@wien.gv.at

Bildung, Internationale Vertretung und Jugend

Michael Lewisch

michael.lewisch@wien.gv.at

Mitgliederservice

Nikolaus Borbely

nikolaus.borbely@wien.gv.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte
unserer Homepage www.hg1.at



Liebe Leserin, Lieber Leser,



BILD: © GEORG WILKE/HGT

**Karin Zauner-
Lohmeyer**

Chefredakteurin
teamwork

wir blicken mit dieser Ausgabe auf ein schwieriges Jahr zurück: Teuerung, Klimakrise, Ukraine-Krieg, Wirtschaftskrise. Viele Menschen haben Zukunftsängste. Sie wissen nicht, wie es weitergehen soll. Vor diesem Hintergrund waren die Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst heuer besonders fordernd. Erst durch viele tausende öffentlich Bedienstete, die am 26. November bereit waren, für eine faire Gehaltserhöhung in Wien zu demonstrieren, ist die Arbeitgeberseite zum Verhandlungstisch zurückgekehrt. Und ein fairer Abschluss war möglich. Mehr dazu auf Seite 17.

Trotzdem ist die Grundstimmung besorgniserregend: Rechte, demokratiefeindliche Parteien sind in Europa auf dem Vormarsch. Auch in Österreich hat die FPÖ bei der Nationalratswahl und in der Steiermark sehr stark zugelegt. Der Quer-raunzer warnt vor den fatalen Folgen autoritärer Experimente (Seite 9).

Auch in den USA ist mit Donald Trump demnächst jemand an der Macht, der die Demokratie missachtet. Sein Programm heißt: große Umverteilung – Geld für die Superreichen, Sparen bei den Armen. Trump hat in seinem Wahlkampf stark auf Social Media und Künstliche Intelligenz gesetzt. Wie sehr Algorithmen bereits unser tägliches Leben beeinflussen und die Gesellschaft spalten, darüber habe ich mit dem Kabarettisten Thomas Maurer gesprochen (Seiten 22 und 23).

Ein weiterer Schwerpunkt in dieser Ausgabe ist das Thema „Männergewalt“. In diesem Jahr gab es bereits 27 Femizide (Stand: 4.12.2024). Zahlreiche Männer der Hauptgruppe 1 haben im Rahmen der White Ribbon Kampagne ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen gesetzt (Seiten 32 und 33).

„In unsicheren Zeiten gibt nur Zusammenhalt Halt“, schreibt Felix Steiner in seiner Kolumne (Seite 30). Wenn wir auch im kommenden Jahr gut zusammenhalten, dann ist wieder viel Gutes möglich.

Ich wünsche Ihnen eine schöne, erholsame Weihnachtszeit und viel Freude beim Lesen!

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz **Impressum Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:** FSG in der unionion _ Die Daseinsgewerkschaft - Landesgruppe Wien - Hauptgruppe 1, 1030 Wien, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, Tel.: 01-4000 83710, DVR.Nr. 0046655, ZVR.Nr. 576 43 93 52 **Vorsitzender:** Manfred Obermüller **StV:** Margit Pollak, Kurt Mrzena-Merding **Redaktionskomitee:** Phillip Böcskör, Regina Müller, Kurt Mrzena-Merding, Manfred Obermüller, Beate Orou, Gerhard Pledl, Margit Pollak, Bernhard Radl, Felix Steiner, Andreas Walter, Michael Witzmann **Chefredaktion:** Karin Zauner-Lohmeyer **Layout:** esberger | strategie & kommunikation **Erscheinungsort:** Wien **Erscheinungsart:** mindestens vier Mal jährlich

Hersteller: ÖGB Verlag GmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Jede Vervielfältigung von Texten und/oder Fotos bzw. Illustrationen ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Coverfotos: Depositphotos, Georg Wilke

Was die **neue EU-Kommission** für Beschäftigte bedeutet

Die Anhörungen der neuen Kommissar*innen im Europaparlament sind ein wichtiges Mittel für das Parlament, um die zukünftige Exekutive der EU auf Herz und Nieren zu prüfen.



BILD: © MARKUS ZHRADNIK

Thomas Kattnig
Mitglied des Bundespräsidiums der youunion, Bereichsleiter EU und Internationales der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Der Prozess, bei dem das Parlament die Kandidat*innen auf ihre fachliche und ethische Eignung hin überprüft, beginnt mit einer Vorprüfung über eventuelle potenzielle Interessenkonflikte durch den Rechtsausschuss. Ist dieser Schritt überstanden, müssen die Kandidat*innen erst schriftlich und dann mündlich einer Lawine an Fragen der Europaabgeordneten standhalten.

Souveräne Kandidat*innen

Zwei Kandidaten gerieten bereits im Vorfeld der Anhörungen ins Rampenlicht: Olivér Várhelyi aus Ungarn wegen seiner Positionen zu reproduktiver Gesundheit und seiner früheren Beschimpfungen gegenüber dem EU-Parlament, Raffaele Fitto wegen seines politischen Hintergrunds. Der Italiener ist Mitglied der postfaschistischen Partei „Brüder Italiens“ rund um Premierministerin Giorgia Meloni. Dass jemand mit derartigen politischen Ansichten die wichtige Rolle als Vizepräsident für Kohäsion einnehmen soll, hat bei vielen EU-Abgeordneten für Verwunderung und Abneigung gesorgt. Nichtsdestotrotz wurden alle Kommissar*innen in der letzten Novemberwoche bestätigt und können ihre Arbeit aufnehmen. Besonders für Arbeitnehmer*in-



BILD: © EUROPEAN UNION 2024

Konferenz der Präsidenten mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu den Anhörungen der neuen Kommissar*innen

nen wirft die Neustrukturierung der Kommission Fragen auf. Die Abschaffung des eigenständigen Ressorts für Beschäftigung und Soziales zugunsten des Bereichs „People, Skills & Preparedness“ stößt auf Kritik. Statt gute, sichere Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit zusammen zu denken, scheint man bereit, das erste für letzteres zu opfern.

Wettbewerb

Wir Gewerkschaften werden die Interessen der Beschäftigten und ihre Lebensumstände auch in der neuen Kommission einbringen. Denn die Anhörungen haben gezeigt, dass soziale Themen keinen zentralen Stellenwert für die neue Kommission haben. Wir werden sicherstellen, dass die Anliegen der Arbeitnehmer*innen nicht ins Hintertreffen geraten.

Denn eine starke und nachhaltige europäische Wirtschaft funktioniert nur, wenn sie den Fokus auf die Beschäftigten legt.

Sozialer Fokus fehlt

Die fehlende soziale Ausrichtung ist kein Zufall. Weder die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments noch die der Kommission passieren im Vakuum. Die Kommissar*innen werden von den nationalen Regierungen entsandt. Wie arbeitnehmer*innenfreundlich ein/e Kommissar*in ist, hängt also stark von den nationalen Wahlergebnissen ab. Wer zukünftig eine sozialere Kommission und eine sozialere Union insgesamt will, muss eine solche auch wählen – auf nationaler wie auf europäischer Ebene.

Ziel ist eine soziale Union, die auf die Arbeitnehmer*innen achtet!

thomas.kattnig@youunion.at

NEOS-Kritik ist völlig inakzeptabel!

Fairer Gehaltsabschluss: Kaufkraft im öffentlichen Dienst gesichert

NEOS-Mandatar Josef Schellhorn zeigt sich ob des Gehaltsabschlusses im öffentlichen Dienst „einigermaßen überrascht, irgendwie enttäuscht und ein wenig erbost“. Schellhorns „Beamten-Bashing“ lässt tief blicken. Es wirkt auf mich so, als hätten die NEOS Grundsätzliches nicht verstanden. Der öffentliche Dienst sorgt dafür, dass unser Land, unsere Städte und Gemeinden überhaupt funktionieren und ein gutes Zusammenleben in Österreich möglich ist. Wir kümmern uns um leistbares Wohnen, Energieversorgung, Sicherheit, Gesundheit, Bildung, um soziale Unterstützung – und noch viele andere Bereiche. Und das an 365 Tagen im Jahr. Der öffentliche Dienst ist immer für die Menschen da, vor allem in Krisen, wenn es Hochwasser gibt, wenn es brennt und auch während einer Pandemie, wenn andere zu Hause bleiben (können). Es sind Menschen, die für das Gemeinwohl hart arbeiten, mit viel Engagement, Einsatz und Herz, manchmal unter Einsatz ihrer Gesundheit und sogar ihres Lebens.

In vielen Städten und Gemeinden in Österreich mangelt es heute schon massiv an Personal. So mussten beispielsweise Kindergärten zugesperrt oder die Zahl der Spitalsbetten verringert werden. Der öffentliche Dienst befindet sich in ganz Österreich in einer gigantischen Pensionierungswelle der Babyboomer-Generation. Allein in Wien sind es bis 2030 21.000 Stellen, die nach Pensionierungen neu zu besetzen sind. Im Bundesdienst, in der Exekutive und im Militär gehen mehr als 40.000 Personen in den nächsten fünf Jahren in Pension.



Manfred Obermüller
Vorsitzender
Hauptgruppe 1

BILD: © GEORG WILKE/HGT

„Beamt*innen“ immer als Privilegienbezieher*innen dazustellen, ist realitätsfremd. Sie sind im Wesentlichen Durchschnittsverdiener*innen und genauso von der Teuerung betroffen wie viele andere Österreicher*innen auch. Sie können also nicht ihre Kinder in einen privaten Kindergarten oder zu einem privaten Arzt schicken.

Herr Schellhorn, Sie fordern stets „unternehmerisches Handeln“ ein. Unternehmerisches Handeln zeigt sich auch in einer klugen, vorausschauenden Personalpolitik. Bröckelt der öffentliche Dienst, dann bröckelt auch das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Dann werden es extreme Kräfte sein, die das „Unternehmen Österreich“ übernehmen.

Es scheint so, dass Ihre Partei, die NEOS, gar kein Problem damit hat, die Grundversorgung des Staates aufs Spiel zu setzen und Streiks zu provozieren – mit allen Folgekosten. Uns, den Gewerkschaften, geht es um Wertschätzung und um das Funktionieren der Daseinsvorsorge. Eine De-facto-Gehaltskürzung trägt nicht dazu bei, neue Kolleg*innen für die vielen offenen Stellen zu gewinnen. Es geht uns um Fairness und um den Erhalt der Kaufkraft für jene, die tagtäglich ihren Beitrag leisten. Deshalb bin ich einigermaßen überrascht, irgendwie enttäuscht und sehr erbost über die geringe Wertschätzung der großartigen Leistungen der öffentlich Bediensteten seitens der NEOS.

manfred.obermueller@wien.gv.at

„Wir müssen den Kindergarten **neu denken!**“

Was gegen den Personalmangel in den Wiener Kindergärten getan wird und warum es wichtig ist, in der Elementarpädagogik neue Wege zu gehen, erklärt Karin Broukal, Chefin der Wiener Kindergärten.

Zauner-Lohmeyer: Karin, du bist jetzt zwei Jahre Abteilungsleiterin der Wiener Kindergärten, also Chefin von 9.200 Mitarbeiter*innen. Wie geht es dir mit dem Job?

Broukal: Total gut. Ich habe die Entscheidung keinen einzigen Tag bereut. Ich komme jeden Tag gerne her. Ich liebe es, wenn viel los ist. Ich habe ganz tolle Leute hier, mit denen ich jeden Tag jedes Problem bearbeite, löse. Ich möchte nichts anderes machen.

In Wien sind rund zwei Drittel der Kindergärten privat und nur ein Drittel öffentlich: Warum ist das so?

Broukal: Das sogenannte Barcelona-Ziel der EU legte fest, dass die Mitgliedstaaten Hemmnisse beseitigen sollten, die Frauen von einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten. Bis 2010 sollten für mindestens 90% der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33% der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung zu gestellt werden. Zur Zielerreichung wurde in Wien 2009 der beitragsfreie Kindergarten und österreichweit ein seit 2010/11 geltendes verpflichtendes Kindergartenjahr eingeführt. Beide Maßnahmen zusammen führten zu einer stark erhöhten Nachfrage nach Plätzen für Kinder im Alter



Zu Besuch in der MA 10: Chefredakteurin Karin Zauner-Lohmeyer und HG1-Vorsitzender Manfred Obermüller

vor dem Schuleintritt. Mit dem durch den beitragsfreien Kindergarten neu geschaffenen Fördersystem, das auch eine Anstoßfinanzierung für die Schaffung von Plätzen vorsah, hat Wien Anreize für private Träger gesetzt.

Wie sieht die Auslastung der städtischen Kindergärten aus?

Broukal: Die Nachfrage ist deutlich größer als das Angebot. Seit Beginn der Anmeldezeit für das laufende Kindergartenjahr (1.11.2023) langten über 33.000 Anmeldungen für Kinder unter sechs Jahren mit einem Eintrittswunsch im Kindergartenjahr 2024/25 ein. Dieser Zahl gegenüber stehen rund 9.700 verfügbare Plätze. Durch die Teuerung merken wir, dass es einen deutlichen Anstieg an Anmeldungen gibt, denn in den Wiener städti-

schen Kindergärten zahlen die Eltern nur den Essensbeitrag.

Obermüller: Private Betreiber sind nicht voll ausgelastet, teilweise nur zu 80 Prozent. Und: 98 Prozent der Kinder mit Inklusionsbedarf werden in den städtischen Kindergärten betreut. Hier lassen die Privaten fast völlig aus.

Es fehlen rund 740 Pädagog*innen in den städtischen Kindergärten. Warum ist das so?

Obermüller: Weil es dieses Personal am Markt schlichtweg nicht gibt! Grund dafür ist ein Totalversagen der Bundesregierung bei der Ausbildung von Elementarpädagog*innen. Vor allem in den Bundesländern werden viel zu wenig Anstrengungen unternommen. Wien ist hier das Vorzeigebundesland.

„Kinder kommen mit unglaublichen Rucksäcken.“

Karin Broukal



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Karin Broukal: „Es sind die Rahmenbedingungen, die für viele nicht mehr passen.“

Broukal: Umfragen zeigen: Gehalt ist nicht der Grund, warum Menschen nicht in die Elementarpädagogik einsteigen. Wien zahlt vergleichsweise sehr gut. Das Einstiegsgehalt im ersten Jahr nach der Ausbildung beträgt rund 3.300 brutto. Es sind die Rahmenbedingungen, die für viele nicht mehr passen. Der Erwachsenen-Kind-Schlüssel ist nicht mehr zeitgemäß. Die Herausforderungen, die die Kinder erleben, sind so mannigfaltig geworden. Sie kommen mit unheimlichen „Rucksäcken“ in den Kindergärten. Viele sind traumatisiert und leben in furchtbaren sozioökonomischen Verhältnissen. Wir haben einen enormen Anstieg an Kindern mit Behinderung, vor allem im Bereich der Autismus-Spektrum-Störung, und wir hatten gerade einen starken Fami-

liennachzug erlebt von Kindern, die zum Teil in einem Lager aufgewachsen sind.

Was tut Wien im Bereich der Ausbildung von Kindergartenpersonal?

Obermüller: Es gibt in der BAfEP 21, der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik im 21. Bezirk, drei Ausbildungsschienen: die fünfjährige BAfEP ab 14 Jahren, das Kolleg „CHANGE“ für Erwachsene sowie die Schule für Assistentenpädagog*innen ebenso für Erwachsene. Die Ausbildungsplätze werden insgesamt auf 1.000 ausgebaut. Der Vorteil ist, dass die Erwachsenen nach der Ausbildung im Beruf bleiben.

Broukal: Gemeinsam mit der Personalvertretung und dem waff ist es uns gelungen, ein Paket zu

schnüren, um Assistent*innen zu Elementarpädagog*innen zu qualifizieren. Die Studienberechtigungsprüfung wird dabei voll finanziert. Wir bieten die Möglichkeit, dass „unsere“ Assistent*innen während der Ausbildung die Stundenanzahl auf 25 Stunden reduzieren und in den restlichen 15 Stunden die Ausbildung „on the job“ machen.

Obermüller: Diese Ausbildungs-offensive für Assistent*innen wird großartig angenommen. Dienstgeberin und Gewerkschaft teilen sich die Kosten. Zudem werden ab dem ersten Quartal 2025 auch private Reinigungskräfte beschäftigt, damit die Assistent*innen noch weiter entlastet werden – vor allem auch, wenn sie diese Ausbildung machen. Wir haben auch eine Altersteilzeitvereinbarung mit der Dienstgeberin abgeschlossen, damit wir Pädagog*innen, die 60 sind, noch länger im Dienst halten können.

Wie gelingt es, trotz des fehlenden Personals keine Gruppen schließen zu müssen?

Broukal: Weil wir ganz großartige Assistent*innen haben, die in



BILD: © GEORG WILKE/HGT

„Private Betreiber sind nicht voll ausgelastet.“

Manfred Obermüller

Querraunzer**Aufwachen, Leute!**

Wahlmanipulation, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung – die Liste an Vorwürfen gegen Donald Trump ist lang. Dennoch wurde er gewählt, in eines der mächtigsten Ämter der Welt. Trump – ein offener Rassist, Sexist, ein zutiefst homophober Mensch und ein verurteilter Straftäter. Ein notorischer Lügner, ein vulgärer alter Mann, der Frauen begrapscht. „Ich könnte mitten auf der Fifth Avenue stehen und jemanden erschießen, und ich würde keine Wähler verlieren“, sagte Trump einmal. So, und da stehen wir nun. Er wird nun gegen „das System“ antreten.

Genauso, wie das Herbert Kickl will. Auch Kickl redet ununterbrochen vom „System“ und zielt damit auf die „liberale Demokratie“. In eine der höchsten Positionen des Staates hebt er ausgerechnet Walter Rosenkranz, Mitglied der deutsch-nationalen Burschenschaft Libertas.

Es ist diese schlagende Verbindung, die wegen ihrer Nähe zum Rechtsextremismus immer wieder für heftige Empörung sorgt. In einem Sammelband der Libertas hat Rosenkranz Nazis als „Leistungsträger“ bezeichnet. Und dann war da noch die steirische Landtagswahl. Für die FPÖ ging als Spitzenkandidat Mario Kunasek ins Rennen – ein Mann, gegen den die Staatsanwaltschaft als Beschuldigten im Zusammenhang mit einer Finanzaffäre ermittelt.

Auch das spielte offenbar in der Wahlzelle keine Rolle – die FPÖ hat ihren Stimmenanteil verdoppelt und ist nun klare Nummer eins.

Was ist da los? Weltweit sind rechte und rechtsextreme Politiker*innen auf dem Vormarsch, gegen



**Fatal kann enden,
was für Rechtsaußen
triumphal beginnt!**

die ermittelt wird oder die bereits verurteilt worden sind bzw. die bewusst den „Verfassungsbogen“ verlassen. Warum schenken Wähler*innen solchen Leuten ihr Vertrauen?

Oder tun sie das gar nicht? Ist es einfach nur Verzweiflung? Überforderung? Protest? Vielleicht sind diese Menschen bloß irritiert durch die Verflechtungen von Problemen, die selbst für gut Informierte nicht mehr durchschaubar sind. Vielleicht sind sie einfach dankbar, dass rechte Politiker*innen ganz einfache Lösungen versprechen und

von einem System faselnd, das sie wegwischen wollen, damit dann wieder alles gut ist?

Aufwachen, Leute! Typen wie Kickl, Trump und Orban führen die Wählerinnen und Wähler an der Nase herum. Die Geschichte hat gezeigt: Rechtsextremes Gedankengut führt zu Gewalt und Repression, zur Erosion und zur Abschaffung der Medien- und Meinungsfreiheit, zur Ausgrenzung von Menschengruppen. Was bleibt, ist ein Scherbenhaufen und die tiefgreifende Zerstörung einer freien, demokratischen Gesellschaft.

Ersparen wir uns solch autoritäre Experimente, die so oft schon gescheitert sind. Kämpfen wir gemeinsam für die Demokratie und eine offene, liberale Gesellschaft. Nur so können wir für ein besseres Morgen sorgen.

Wendelin

Warum nur zu sparen in die Sackgasse führt

Die Wirtschaftskrise ist zu bewältigen – wenn die richtigen Maßnahmen gesetzt werden. Nur den Rotstift anzusetzen, ist jedenfalls der völlig falsche Weg. Von Karin Zauner-Lohmeyer



BILD: © GEORG WILKE/FNG1

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

Mehr und mehr haben sich im Verlauf des Jahres die Prognosen eingetrübt und die Summen des Budgetdefizits vergrößert. Die wirtschaftlichen Aussichten für 2024 sind immer stärker nach unten revidiert worden, die Ausblicke auf die folgenden Jahre pessimistischer geworden. Das ist ein Umfeld, wo jene vor den Vorhang treten, die in so ziemlich allen Bereichen den Rotstift ansetzen wollen. Die Budgetdefizite sollen über die Verringerung der Staatsausgaben schmelzen, so lautet das Credo.

Angela Pfister, Ökonomin beim Österreichischen Gewerkschaftsbund, tritt jedoch in aller Klarheit dagegen auf, nur Einsparungen zu verordnen. Dies sei „kurzsichtiger Unsinn und würde die Krise nur weiter verschärfen. Die dringend nötigen Einnahmen könnten etwa vermögensbezogene Steuern wie eine Erbschaftssteuer bringen, auch Bankenabgaben müssen Teil der Überlegungen sein.“ Dies werde etwa in Frankreich diskutiert. Auch Spanien und Italien hätten derartige Vorstöße gemacht. Pfister fordert, dass Arbeitnehmer*innen und Pensionist*innen nicht wieder die Melkkühe der Nation sein dürfen. Sie tritt für öffentliche Investitionen ein, die nicht nur sinnvoll seien, sondern „dringend nötig“. Als Beispiele nennt sie Energienetze, den öffentlichen Verkehr, Klima- und Gesundheitspolitik sowie Pflege oder Bildung. Pfister: „Überall sind entsprechende Mit-

tel überfällig und für den gesamten Wirtschaftsstandort enorm wichtig.“

EU-Klimaziele im Blick behalten

Sie hält Maßnahmen für erforderlich, um die Konjunktur zu beleben und die Beschäftigung zu sichern. „Reine Ausgabenkürzungen gefährden den prognostizierten Aufschwung aber weit über das nächste Jahr hinaus. Im Falle eines Sparpakets sind

wichtige Zukunftsinvestitionen gefährdet.“

Vehement spricht sie sich dagegen aus, dass der Klimabonus gestrichen werde. Er schaffe einen Ausgleich für die Verteuerung der Bereiche, die das Klima belasten. Das werde in Zukunft also wichtiger. Klimaschutz einfach zu ignorieren, sei auch keine gute Idee, da bei einem Verfehlen der Klimaziele Strafzahlungen in



BILD: © OGB

Angela Pfister, Ökonomin beim Österreichischen Gewerkschaftsbund



Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer Wien

Milliardenhöhe für die Republik fällig seien. Und außerdem: Österreich würde an Attraktivität für Zukunftsindustrien verlieren; die Standortqualität nähme ab.

Auch Chefökonom Markus Marterbauer warnt in der AK-Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ vor den schwerwiegenden Folgen, die eine ausschließlich auf Sparen ausgerichtete Wirtschaftspolitik haben kann. Auch er ist ein Anhänger des „antizyklischen“ Ansatzes – der bedeutet, dass die öffentliche Hand dann die Investitionen hochfährt, wenn die übrige Wirtschaft schwächelt – und umgekehrt bei Ausgaben dann spart, wenn die Privatwirtschaft brummt und boomt. Er tritt für ein Reformprogramm ein, das im gesellschaftlichen Konsens entwickelt werden sollte und „nicht den Wohlstand Ein-

zelner, sondern den Wohlstand aller im Blick hat.“ Interessensunterschiede sollten nicht befeuert werden, sondern es sollte nach innovativen, gemeinsamen Lösungen gesucht werden. Budgetkonsolidierung bedeutet konkret zu überprüfen, welche Ausgaben für die Zukunftsinvestitionen sinnvoll sind, wie dies etwa im Bildungsbereich der Fall ist. Oder bei einer durchdachten Klimapolitik, die mit einer grünen Reindustrialisierung gekoppelt wird.

Teufelskreis durchbrechen

Im Buch „Angst und Angstmachelei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“ (Zsolnay Verlag, 2022) argumentieren Marterbauer und der Psychotherapeut Martin Schürz, dass der Anteil derer, die als „sozial depriviert“ gelten – also erheblich materiell und sozial benachteiligt

leben – rund vier Prozent ausmache, in Zahlen: 386.000 Menschen. 94.000 von ihnen seien Kinder bzw. Jugendliche. Ihr Fazit: „Kinder bleiben arm, weil ihre Eltern arm sind.“ Es braucht eine klug durchdachte (Sozial-) Politik, die einen Ausweg aus diesem Teufelskreis finden muss und finden kann.

Konkret müsse wirtschaftspolitisch am Arbeitsmarkt angesetzt werden. „Der Kampf gegen das Entstehen von Arbeitslosigkeit ist auch ein Kampf gegen die Armut“, heißt es weiter in dem Buch. Qualifizierung sei einer der wichtigsten Schlüssel, um aus der Krise herauszukommen. Dies erfordere auch ein Arbeitsservice, das von Einsparungen verschont bleibt und in das investiert wird. Es brauche ein AMS mit einem neuen Selbstverständnis: „Es sollen Stellen mit ausreichend hohem Einkommen und guten Arbeitsbedingungen vermittelt werden.“ Nur so wird es möglich sein, ausreichend Personal für jene Branchen zu bekommen, die händierend nach Arbeitskräften suchen: Gesundheits- und Pflegebereich, Polizei, Schulen und Kindergärten, Tourismus etc.

Nur Sozialausgaben zu kürzen und den Druck auf jene zu erhöhen, die es im Leben ohnehin schwer hätten, sei der falsche Weg. Im Jahr 2023 galten in Österreich immerhin rund 330.000 Menschen als Working Poor. Sie waren von Armut betroffen, obwohl sie erwerbstätig waren. „Es brauche Jobs, von denen Menschen auch angstfrei leben können“, sagt Marterbauer. Denn die Wirtschaft erhole sich dann schneller, wenn die Kaufkraft steige und der Sozialstaat die Erwartungen der Menschen stabilisiere und ihre Ängste genommen werden.

chefredakteurin@fsg-hg1.at

Arbeiten in der Kälte, bei Regen und Schnee

Die Jahreszeiten stellen die Außendienst-Kolleg*innen der MA 67 - Parkraumüberwachung vor besondere Herausforderungen. Wetterkapriolen werden immer häufiger.



BILD: © GEORG WILKE/MG 1

Elias Haddad
Vorsitzender
DA 117 - Parkraum-
überwachung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 67 leisten täglich wertvolle Arbeit, um den ruhenden Verkehr zu regeln und in den Kurzparkzonen die Einhaltung der Parkregelungen zu überprüfen. Arbeiten im Außendienst ist jedoch eine Herausforderung – besonders im Sommer und im Winter, wenn extreme Temperaturen das Arbeiten im Freien erschweren. Im Winter machen kalter Wind und tiefe Temperaturen den Außeneinsatz anstrengend, zum Teil auch riskant. Es gibt zwar Mindesttemperaturen für Arbeitsräume, für Arbeiten, die im Freien durchgeführt werden müssen, gibt es keine Temperaturuntergrenzen.

Winterfeste Ausrüstung

Seit Mai steht den Kolleg*innen im Außeneinsatz neue Dienstkleidung zur Verfügung: für den Winter wasserdichte Schuhe, winterfeste isolierende Jacken und Handschuhe. Ebenso wichtig wie die richtige Ausrüstung sind aber auch regelmäßige Pausen in beheizten Räumen. In den Wintermonaten wird daher besonders darauf geachtet, dass genug geeignete Pausenräume zur Verfügung stehen, damit die Mitarbeitenden ihre Runden sicher



BILD: © CHRISTIAN FUERTNER/EPID

Die neue Dienstkleidung der Kolleginnen und Kollegen schützt gegen Nässe und Kälte

fortsetzen können. Auch warme Getränke oder beheizbare Toiletten mit warmem Wasser zum Händewaschen sind zur Erhaltung der körperlichen Gesundheit wichtig.

Hitze im Sommer

Es dauert nicht lange, dann sind die Mitarbeiter*innen des Außendienstes wieder mit dem Gegenteil konfrontiert: Immer mehr Tage mit Temperaturen über 30 Grad Celsius machen die Parkraumüberwachung schnell zur körperlichen Herausforderung. In entlegenen Rayons gibt es teilweise weniger schattige Plätze oder klimatisierte Räume gegen die Hitze. Viele Mitarbeiter*innen wünschen sich für den kommenden Sommer kurze

Hosen und mehr Möglichkeiten zur Abkühlung. Wünschenswert wären, neben der Optimierung der Dienstbekleidung, weitere kühle Pausenräumlichkeiten, vor allem in den abgelegenen Einsatzgebieten, um die Belastung durch die Sommerhitze zu mildern.

Sicherer Außendienst

Feuchtigkeit, Wind und Glätte im Winter, starke Hitze und Trockenheit im Sommer belasten die Gesundheit. Wir brauchen geeignete Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Außendienstmitarbeiter*innen auch bei extremen Temperaturen sicher und gesund ihrer Arbeit nachgehen können.

Bei Arbeit im Freien ist Gesundheitsschutz besonders wichtig!

elias.haddad@wien.gv.at

Ein echter Wiener geht nicht unter

Auch bei einem Unwetter wie im heurigen September nicht, bei dem Wien Kanal mehr als 22 Milliarden Liter Regenwasser aus der Stadt transportieren musste.

Das massive Hochwasserereignis, das im September Teile Österreichs und mehrere Nachbarländer stark in Mitleidenschaft gezogen hat, ist vielen noch gut in Erinnerung. Vom 12. bis 16. September fielen auch in Wien enorme Regenmengen. Die Lage war nicht nur für den Hochwasserschutz, sondern auch für die Kanalisation extrem schwierig und herausfordernd. Allein im Bereich der Oper fielen an jenem Wochenende 230 Liter Regen pro Quadratmeter. Und trotzdem ist in Wien fast nichts passiert. Zu verdanken ist das auch den Kolleginnen und Kollegen von Wien Kanal.

Fünf Tage und vier Nächte waren die Wien Kanal-Profis im Einsatz, um die Straßen und Häuser vor Überschwemmungen zu schützen. Mehr als 22 Milliarden Liter Regenwasser wurden unterirdisch aus der Stadt gebracht. Und das, obwohl ein Abwassersystem nicht für den Hochwasserschutz vorgesehen ist. Durch den professionellen Einsatz der Teams, mit Hochleistungspumpen und einem gigantischen Speichervolumen im Kanalsystem konnte Schlimmeres verhindert werden.

Digitale Steuerung

Wichtigstes Werkzeug war, wie bei jedem Regen, die Kanalnetzsteuerung, eine Eigenentwicklung der Abwasserprofis, die seit vielen Jahren im Einsatz ist und ständig weiterentwickelt wird. 40.000 Datenpunkte von über 700 Ab-

wassermessstellen, 450 Regelbauwerken (das sind Schieber, Schleusen und Wehre) sowie 35 Wetterstationen sind über ein 100 Kilometer langes Glasfasernetz miteinander verbunden. Verarbeitet und gesteuert werden die Informationen in der Leitwarte auf der Donauinsel. Insgesamt konnten am Unwetterwochenende 600 Millionen Liter Regenwasser im Wiener Kanalsystem zurückgehalten werden. Alles,

was nicht mehr Platz fand, wurde in die Donau oder den Donaukanal entlastet. Unglaubliche 80.000 Liter Regenwasser pro Sekunde wurden so aus der Stadt gepumpt. Zum Vergleich: Das entspricht einer drei Kilometer langen Kolonne mit 340 Tankwagen, welche die Stadt mit Regenwasser verlassen – und das jede Minute, fünf Tage und vier Nächte lang.

johann.wanek@wien.gv.at



Johann Wanek
Vorsitzender
DA 119 - Wien Kanal

BILD: © GEORG WILKE/HGT



Martin Vokroj, Verantwortlicher für die Kanalnetzsteuerung am Pumpwerk Donauinsel

BILD: © WIENKANAL

Wien Kanal im Überblick

Mit einer Leitungslänge von mehr als 2.500 Kilometern ist Wien Kanal Österreichs größter Kanalnetzbetreiber. Täglich wird etwa eine halbe Milliarde Liter Abwasser von zwei Millionen Menschen und 180.000 Gebäuden sicher und umweltgerecht zur Kläranlage in Simmering transportiert. 99,8 Prozent der Wiener Haushalte sind an das Kanalnetz angeschlossen, rund 450 Mitarbeitende halten es funktionsfähig und sauber. Täglich werden 15 Tonnen abgelagertes Material aus den Kanälen geräumt, um den Abfluss zur Kläranlage zu garantieren. Über 1.600 Kanalbaustellen waren 2023 zwecks Reparatur und zur Erhaltung nötig, 900 Kanaldeckel wurden ausgetauscht. Acht Kilometer Kanäle wurden saniert oder umgebaut, zum Großteil unterirdisch, also nahezu aufgrabungsfrei. Unterirdisch sind auch die Roboter von Wien Kanal unterwegs. Allein im vergangenen Jahr haben sie 250 Kilometer im Abwasserlabyrinth zurückgelegt und die Rohre auf Beschädigungen untersucht.

Alle Jahre wieder ...

Was wäre Wien zur Weihnachtszeit ohne seine Christkindlmärkte, Punsch- und Maronistände - und vor allem ohne die wunderschön beleuchteten Straßenzüge?



BILD: © WIEN TOURISMUS/CHRISTIAN STEMPER



BILD: © GEORG WILKE/HG 1

Martin Kaba
Vorsitzender DA 110 -
Baubehörde

Weihnachtsbeleuchtung erhellt uns die dunklen Tage und bringt uns in Weihnachtsstimmung. Dahinter steckt jedoch eine Menge Arbeit. Damit eine Straße mit Weihnachtsbeleuchtung ausgestattet wird, ist ein Beleuchtungsansuchen bei der MA 46 einzubringen. Die Mitarbeiter*innen prüfen dann die Vollmachten, Aufhängepläne und statischen Gutachten sowie eventuelle Baum- und Lichtgutachten. Im Umfeld geregelter Kreuzungen muss zum Beispiel die Farbe der Beleuchtung geprüft werden, da aus Gründen der Verkehrssicherheit

nur eine bestimmte Farbe zugelassen ist.

Vielfältige Aufgaben

Soll eine Beleuchtung auf einer Anlage der MA 33 – Wien leuchtet angebracht werden, folgt nach Prüfung der Unterlagen eine Mitteilung an die/den jeweilige/n Antragsteller*in. Diese Mitteilung wird auch „Klopfer“ genannt und geht auf frühere Zeiten zurück, in denen diese noch durch das Klopfen an Haustüren erfolgte. In den Einkaufsstraßen werden die Beleuchtungskörper von der MA 33 mit Chips, also einer eindeutigen Identifizierungsnummer, versehen. Sollte Gefahr in Verzug sein oder ein Lichtkörper ausfallen bzw. nicht richtig funktionieren, kann der genaue Standpunkt sofort eruiert werden.

Auch die Maronistandln werden Jahr für Jahr bewilligt und kontrolliert. Dafür zuständig ist die MA 36 – Gewerbeteknik, Feuerpolizei und Veranstaltungen. Sie ist auch für Straßenkünstler, Weihnachtszüge, Eislaufplätze u. v. m. verantwortlich, denn Sicherheit wird in Wien großgeschrieben. Diese ist auch für Marktstände wichtig. Wir wollen uns ja darauf verlassen können, dass nichts umfällt oder gar explodiert, wenn wir bequem bei einer Punschhütte stehen.

Sicherheit im Fokus

Der Wiener Christkindlmarkt am Rathausplatz wurde von einem amerikanischen Sender zum schönsten der Welt gekürt. Solche Auszeichnungen locken noch mehr Tourist*innen an und erhöhen Nächtigungszahlen in Wien – viele suchen heute „Airbnb-Unterkünfte“.

Das Problem: Viele Vermieter*innen wollen diese Nächtigungen ganz ohne Genehmigungen „einsacken“. Um dem entgegenzuwirken, hat die MA 37 – Baupolizei das Referat „Kurzzeitvermietung“ geschaffen. Die Kolleg*innen kontrollieren gemeinsam mit anderen Dienststellen mittels Internetrecherche und Vor-Ort-Überprüfungen die gesetzeskonforme Handhabung von Kurzzeitvermietungen. Dabei müssen oft Strafanträge gestellt werden. Das ist zwar nicht erfreulich, aber notwendig, um die Sicherheit der Übernachtungsgäste zu gewährleisten.

martin.kaba@wien.gv.at

Viele Kolleg*innen sind für sichere Weihnachtsfreuden im Einsatz.

Systemumstellung auf M365

Die Stadt Wien muss die gesamte Software umstellen, denn für die bestehenden Anwendungen werden ab Ende 2025 keine Updates mehr zur Verfügung gestellt.

Die Umstellung auf Microsoft 365 ist für die gesamte Stadt Wien ein umfangreiches Projekt, das sowohl technische als auch organisatorische Aspekte umfasst. Wenn dieses Projekt jedoch gar so aufwendig ist, warum hat sich dann die Stadt Wien für eine Umstellung auf M365 entschieden? Der Grund war, dass Microsoft sich dazu entschlossen hat, die Produkte Office 2016 und Office 2019 ab Herbst 2025 einzustellen und keine relevanten Sicherheits- oder Funktionalupdates mehr zur Verfügung zu stellen. Deshalb war es notwendig, ein Nachfolgeprodukt auszuwählen, das die digitalen Anforderungen der Stadt Wien erfüllt.

Hierbei hat sich das Produkt Microsoft 365 empfohlen. M365 ist eine cloudbasierte Plattform, die Anwendungen wie Outlook, Teams, SharePoint und OneDrive sowie Tools für Kollaboration, Automatisierung und Datenanalyse vereint. Der Einsatz dieser Technologien verspricht Produktivitätssteigerungen durch nahtlose Zusammenarbeit und Automatisierung, Flexibilität durch ortsunabhängiges Arbeiten sowie Skalierbarkeit und Kosteneffizienz.

Integration mitgestalten

Trotz dieser Vorteile ergeben sich jedoch Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen Datenschutz, Überwachung und Arbeitsbedingungen. Hier liegt die Verantwortung der Gewerkschaft, diese Entwicklungen aktiv mitzugestalten. Als youunion _ Die



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/TASPOL SANGSEE

Daseinsgewerkschaft nehmen wir in diesem Prozess eine entscheidende Rolle ein, um Transparenz zu schaffen und den digitalen Wandel fair zu gestalten.

Augenmerk auf Datenschutz

Für die youunion hat die Sicherstellung des Datenschutzes oberste Priorität. Daher fordern wir auch die unentwegte Prüfung der Datenverarbeitung, damit die Nutzung von M365 auch mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) konform ist. Des Weiteren fordern wir Transparenz durch Offenlegung aller geplanten

Funktionen und Datenverarbeitungsprozesse sowie zwecks Mitbestimmung die frühzeitige und umfassende Einbindung der örtlichen Vertrauenspersonen für ihre zuständigen Bereiche. Ebenso wollen wir sicherstellen, dass alle Mitarbeiter*innen eine adäquate Schulung erhalten und den Umgang mit den neuen Tools verstehen und effektiv nutzen können. Dabei ist es ebenso unser Ziel, durch klare Regelungen eine klare Grenze für eine digitale Erreichbarkeit zu schaffen.

teamwork@fsg-hg1.at

Wahlen und Wünsche

Das Wahljahr 2024 geht zu Ende. Tausende Kolleg*innen haben neben ihrer eigentlichen Tätigkeit alles gegeben, damit die Wahlen reibungslos über die Bühne gehen konnten.



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Kurt Mrzena-Merdinger
Vorsitzender-
Stellvertreter
Hauptgruppe 1

Die politisch richtungsweisende Europawahl und die heurige Nationalratswahl sind Geschichte. Es scheint, als könnten wir kurz durchatmen. Vielleicht verbringen wir ein paar schöne Tage im Kreis der Familie bzw. mit Freunden oder steigen in ein Flugzeug, um die Strapazen der letzten Monate an einem sonnigen Badestrand zu vergessen. Doch eine alte Binsenweisheit mahnt: Nach der Wahl ist vor der Wahl!

2025 stehen die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen ante portas. Wieder wird es viele Wochen akribischer Vorarbeit brauchen, die unsere Ressourcen massiv beansprucht. Unzählige Stunden an Mehrdienstleistungen vor unseren Bildschirmen in Büros, Schulen, Werkstätten oder Serverräumen werden einmal mehr notwendig sein, damit die Königin aller Wahlen erfolgreich ins Trockene gebracht werden kann. Eingespielte Teams, die Hand in Hand vertraute Abläufe abwickeln und das Zustandekommen des Wahlergebnisses garantieren, sind dabei essentiell. Denn wenn die ersten Hochrechnungen in unseren Wohnzimmern über die Fernsehschirme flimmern, sind in den Magistratsabteilungen immer noch viele Mitarbeiter*innen der Stadt stundenlang beschäftigt, vor allem

Eingeschränkte Dienste am Montag nach einer Wahl!



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/ FLUGKLECK

Unzählige Wahllokale werden von den Mitarbeiter*innen der Stadt Wien für die Wähler*innen bereitgestellt

mit dem Auszählen der Wahlkarten sowie der Vorzugsstimmen. Bis in die späten Nachtstunden wird alles zu Ende gebracht.

Erheblicher Zeitaufwand

Nach ein paar wenigen Stunden mehr oder weniger erholsamen Schlafs haben sich die Kolleg*innen bald wieder in ihren Dienststellen einzufinden, denn im Rahmen von Wahl Tätigkeiten sind gesetzliche Ruhezeiten nicht vorgesehen. Das Prozedere verlangt aber auch „am Tag danach“ noch wichtige Arbeitsschritte, damit die Wahl formell beendet werden kann. Von allen an einer Wahl Beteiligten und den Kolleg*innen, die die Wahlverantwortlichen wochenlang vertreten haben, wird schon sehr viel verlangt, um das großartige Service der Stadtverwaltung auch am Tag nach einer Wahl am Laufen zu halten.

Große Belastung

Ist es wirklich notwendig, am Tag nach einer Wahl alle Türen aufzusperren, um Dienst nach Vorschrift zu machen? Die Wiener*innen hätten sicherlich Verständnis dafür, dass ihre Anliegen an so einem speziellen Montag zugunsten der Erholung der Mitarbeiter*innen und der Vorbereitung des Kund*innenservice mit voller Mannschaft auf den nächsten Tag verschoben wird. Rund um Weihnachten wird daher der Wunsch der Kolleg*innen wieder lauter, die Dienststellen mit Kund*innenservice an den Montagen nach einer Wahl geschlossen zu halten. Gewerkschaftlich schließen wir uns diesem nachvollziehbaren Wunsch an und werden daraus eine Forderung an die Verantwortlichen der Stadt machen.

teamwork@fsg-hgt.at

Fairer Gehaltsabschluss in schwierigen Zeiten

Ein durchschnittliches Plus von 3,5 % für 2025 und für 2026 die Inflation plus 0,3 % - das ist der Gehaltsabschluss des öffentlichen Dienstes. Antworten auf häufig gestellte Fragen.

Wer hat mit wem verhandelt?

Die Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst führen die Sozialpartner: Auf der Seite der Arbeitnehmer*innen sind das die Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD), die die 247.000 Bediensteten des Bundes vertritt und die younion _ Die Daseinsgewerkschaft, die rund 200.000 Landes- und Gemeindebedienstete vertritt. Auf der Seite der Arbeitgeber verhandeln der zuständige Beamtenminister und der Finanzminister.

Warum gilt der Abschluss für zwei Jahre?

Die Rahmenbedingungen waren und sind weiterhin äußerst schwierig. Bei den Verhandlungen kam die Meldung über das drohende EU-Defizitverfahren und die Insolvenz von KTM. Auch den Gemeinden geht es finanziell äußerst schlecht. Bis zu 40 % stehen praktisch vor der Pleite. Mit dem Abschluss auf zwei Jahre haben wir die Kaufkraft der öffentlich Beschäftigten abgesichert, ohne eine eventuelle Neiddebatte in Gang zu setzen.

Wie schaut der Abschluss für 2025 und für 2026 aus?

Durchschnittlich gibt es ein Plus von 3,5 %, mindestens jedoch 82,40 Euro. Der Deckel wurde mit 437,80 Euro eingezogen, betrifft jedoch nur sehr wenige Kolleg*innen im Bundesdienst (zum Beispiel einzelne Sektionschefs oder Spitzenjurist*innen). Auch die Zulagen und Vergütungen steigen um 3,5%. 2026 gibt es



Abschluss Gehaltsverhandlungen öffentlicher Dienst (von li.): Christian Meidlinger (younion), Eckehard Quin (GÖD), Werner Kogler (Bundesminister für öffentlichen Dienst) und Gunter Mayr (Finanzminister)

die volle Inflationsabgeltung plus 0,3 % (linear), auch für die Zulagen und Vergütungen. Die Inflation wird von Oktober 2024 bis September 2025 durch unabhängige Expert*innen berechnet.

Hat die geplante Demo der Gewerkschaften bei den Verhandlungen etwas gebracht?

Ja, absolut. Der Druck war wichtig. Wobei sozialpartnerschaftliche Verhandlungen ohne Machtdemonstrationen ablaufen sollten. Aber natürlich wirkt es, wenn sich schon Tausende auf den Weg vor das Bundeskanzleramt machen. Vielen Dank an alle, die kommen wollten, oder schon auf dem Weg waren. Sie haben einen wichtigen Beitrag zum Verhindern einer Nulllohnrunde geliefert!

Wie kam es zu der raschen Einigung so kurz vor der Demo?

Von schnell kann leider keine Rede sein. Wir haben bereits Mitte Au-

gust die Bundesregierung zu Gesprächen aufgefordert. Nach der ersten offiziellen Verhandlungsrunde am 18. November, in der wir die Inflation mit 3,8% und das Wirtschaftswachstum mit -0,6% festgestellt haben, ist kein weiterer Termin von der Bundesregierung gekommen. Wir haben daraufhin die Planungen für unsere große Demo fortgesetzt und Medienarbeit betrieben. Denn es wurden immer mehr Stimmen laut, die eine Nulllohnrunde verlangt haben.

Warum ist der Erhalt der Kaufkraft gerade für den öffentlichen Dienst so wichtig?

Damit der öffentliche Dienst weiterhin als attraktiver Arbeitgeber mithalten kann! Schon jetzt mangelt es in vielen Bereichen an Personal (Kindergärten, Polizei, Pflege etc.). In den kommenden Jahren werden zudem tausende weitere Stellen im öffentlichen Dienst frei.

Sie fragen – wir antworten

Es gibt immer wieder Fragen, wie etwas im Dienst- und Besoldungsrecht genau geregelt ist. Unsere Fachreferent*innen informieren Sie in jeder Ausgabe über alle Details zu den häufigsten Themen.



BILD: © GEORG WILKE/HG1

Julia Fichtl

Aussetzung der Aliquotierung auch für 2026

Die Bundesregierung hat auch in diesem Jahr im Nationalrat beschlossen, die Aliquotierung (anteilige Pensionsanpassung) ein weiteres Jahr bis 2026 auszusetzen. Diese Regelung betrifft zunächst ausschließlich Bedienstete, die dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG) unterliegen. Wie üblich muss die Stadt Wien diese Regelung separat für Beamt*innen übernehmen.

Vertragsbedienstete, die 2025 in Pension gehen, erhalten ab Jänner 2026 die volle Pensionsanpassung. Der genaue Monat des Pensionsantritts spielt dabei keine Rolle. Ein Beispiel aus dem Jahr 2024 für den finanziellen Vorteil, wenn Kolleg*innen bereits Ende des Jahres in Pension bzw. den Ruhestand treten aufgrund der Aussetzung der Aliquotierung:

Ruhestand 30.11.2024	Ruhestand 28.02.2025
Erste Pensionsanpassung 01.01.2025	Erste Pensionsanpassung 01.01.2026
Pensionserhöhung 2025 4,6 %	Fiktive Pensionserhöhung 2026 ca. 3 %
Ruhebezug mit 01.12.2024 EUR 2.114,73	Ruhebezug 01.03.2025 EUR 2.174,25
Inkl. Pensionserhöhung 2025 EUR 2.212,01	
Ruhebezug mit 01.01.2026, fiktive Pensionserhöhung ca. 3 %	
Inkl. Pensionserhöhung 2026 EUR 2.278,37	Inkl. Pensionserhöhung 2026 EUR 2.239,48

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass auch für Beamt*innen die gleiche Regelung angewendet und die Pensionsordnung 1995 erneut an das Bundesgesetz angepasst wird.

julia.fichtl@wien.gv.at



BILD: © GEORG WILKE/HG1

Kurt Mrzena-Merdinger Verbesserung bei Höherreihungen im W-BedSchG

Im Wiener Bedienstetenschutzgesetz war seit 2018 festgeschrieben, dass das Gehalt nach einer Höherreihung zumindest um den Betrag von 50 Euro höher sein muss, andernfalls sind die betroffenen Bediensteten in die nächsthöhere Gehaltsstufe einzureihen. Dieser Betrag ist jährlich valorisiert worden, zuletzt lag er bei 62,59 Euro.

Mit der kürzlich beschlossenen Dienstrechtsnovelle ist eine massive Verbesserung gelungen, die ab 1.1.2025 in Geltung sein wird. In Zukunft beträgt der Mindestgehaltszuwachs die Differenz der ersten und zweiten Gehaltsstufe des Gehaltsbands, in das die/der Bedienstete höhergereiht wird.

Erfolgt die Höherreihung über mehrere Gehaltsbänder, werden die Differenzen der jeweiligen ersten und zweiten Gehaltsstufen addiert und machen somit den Mindestgehaltszuwachs aus, der bei der Höherreihung in die neue Gehaltsstufe des neuen Gehaltsbands maßgebend ist. Erfolgt eine Höherreihung innerhalb derselben Modellfunktion, so wird der Zeitraum, welcher im bisherigen Gehaltsband zurückgelegt wurde, im neuen Gehaltsband berücksichtigt (lineare Höherreihung).

Wird eine Höherreihung nach einer zuvor erfolgten Rückreihung auf dieselbe oder eine andere Modellstelle im selben Gehaltsband vorgenommen, muss die besoldungsrechtliche Stellung jener unmittelbar vor der Rückreihung entsprechen. Die neuen Höherreihungsregeln gelten erst mit dem Tag der Höherreihung. Erfolgen Höherreihungen rückwirkend (vor in Kraft treten der neuen Regelung), gelten die Bestimmungen der vorrangigsten Gesetzeslage. Ergänzend zu dieser Beschreibung finden Sie praktische Beispiele auf www.hg1.at.

kurt.mrzena-merdinger@wien.gv.at

Gehörlos bedeutet nicht stumm

Abbé Charles-Michel de l'Épée entwickelte die noch heute gebräuchliche Gebärdensprache. Diese wird im Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) als eigenständige Sprache anerkannt.



Peter Ilias, MA 41 Fachbereich 3D-Modellierung und 3D-Services und **Yilmaz Özgül**, MA 01, Team OWR1, Beschaffungswesen

Peter Ilias ist in der MA 41, Abteilung 3D-Service und 3D-Modellierung, beschäftigt. Yilmaz Özgül arbeitet in der MA 01, Abteilung Beschaffung. Beide sind gehörlos und erledigen ihre umfangreichen Aufgaben zur größten Zufriedenheit der Kolleg*innen und Vorgesetzten. Und beide sind ein Beispiel für die erfolgreiche Inklusion von Personen mit Gehörlosigkeit am Arbeitsplatz.

Gehörbehinderte und gehörlose Mitarbeiter*innen sind aufgrund ihrer Beeinträchtigung auf ihr Aufgabengebiet sehr fokus-

siert, von äußeren Einflüssen wie Musik, Umgebungslärm oder Ähnlichem lassen sie sich nur schwer ablenken. Die Kommunikation mit Vorgesetzten und Arbeitskolleg*innen in den Dienststellen erfolgt zumeist über bereits vorhandene Hilfsmittel (Jabber, E-Mail etc.), Hörbeeinträchtigte erhalten durch das Diensthandy und die mögliche Koppelung zum jeweiligen Hörgerät ein wichtiges „Kommunikationshilfsmittel“.

Hörhilfen immer häufiger

Diese Form der Beeinträchtigung ist nur schwer zu ignorieren, denn 20 Prozent der in Österreich

lebenden Bevölkerung hat mit Gehörschäden zu kämpfen. Die ständige Weiterentwicklung der Hörbehilfe erleichtert dem Großteil der Betroffenen den Alltag.

Um die Inklusion von Gehörbeeinträchtigten und Gehörlosen weiter voranzutreiben, ist die Adaptierung der E-Learning-Kurse durch die Wien-Akademie dringend erforderlich.

Wichtige Maßnahmen

Hier einige grundlegende Tipps für „Hörende“ im Umgang mit dieser Beeinträchtigung:

- Versuchen Sie, mit dem/der Mitarbeiter*in während des Gesprächs Augenkontakt zu halten
- Sprechen Sie möglichst deutlich
- Schreiben Sie E-Mails in kurzen und leicht verständlichen Sätzen
- Binden Sie Mitarbeiter*innen sozial ein

Gehörlose Mitarbeiter*innen sensibilisieren sowohl Vorgesetzte als auch Kolleg*innen, durch den ständigen Kontakt mit ihnen, auf ihre nonverbale Kommunikation zu achten.

tatjana.windhager@wien.gv.at



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Tatjana Windhager,
BVP

Assistentin des Büros der Behindertenvertrauenspersonen der HG 1

Gehörlosigkeit bedeutet kein oder ein sehr begrenztes Hörvermögen.

Masterplan Lehrausbildung Neu: **Fachkräfte sichern**

Wie sichert man einer Stadt die Zukunft? Mit mutigen Ideen und einem starken Plan. Genau das ist der „Masterplan Lehrausbildung Neu“ - MaLeNe.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft yunion hat die Stadt Wien ein Konzept entwickelt, das die Ausbildung von Lehrlingen modernisiert und sie auf die Herausforderungen von morgen vorbereitet. Ausbildungsinseln, Rotationssysteme und ein unterstützendes Netzwerk bieten den Lehrlingen eine Ausbildung, die sie nicht nur fachlich, sondern auch persönlich stärkt.

Pilotprojekt als Meilenstein

Seit Herbst 2024 läuft der erste Pilotversuch für Verwaltungslehrlinge. Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend: Die Lehrlinge berichten von mehr Motivation, intensiver Betreuung und vielfältigen neuen Perspektiven. Ausbildungsinseln und hauptamtliche Koordinator*innen schaffen ideale Rahmenbedingungen, während ein Buddy-System den Einstieg in den Beruf erleichtert und den Zusammenhalt fördert. Die Ausbildungsinseln fördern nicht nur die Vernetzung der Lehrlinge untereinander, sondern bieten durch das Rotationssystem zugleich Einblicke in verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung. So lernen die Lehrlinge nicht nur die Abläufe in ihrem Beruf, sondern auch alles über die Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen kennen – ein entscheidender



BILD: © SYMBOLFOTO SHUTTERSTOCK/STOCKASSO

Vorteil, der ihre Flexibilität und Kompetenz nachhaltig stärkt.

Gemeinsam Zukunft sichern

Mit MaLeNe begegnet die Stadt Wien dem Fachkräftemangel sowie der Transformation durch Digitalisierung. Die Vision eines zentralen Ausbildungszentrums zeigt, dass weit über die Gegenwart hinaus gedacht wird. MaLeNe wird zu einem Ort, an dem Wissen, Innovation und Praxis zusammenkommen, ein Vorbildprojekt für moderne Ausbildung. Dieser Masterplan ist auch ein Beispiel dafür, wie sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit große Veränderungen bewirken kann. Die Kombination aus klaren Maßnahmen und zukunftsweisenden Ideen macht MaLeNe zu einem Vorbildprojekt, das weit über die Stadtgrenzen

hinausstrahlt. Damit schaffen wir eine Stadt, die Chancen für alle bietet – heute, morgen und für die nächsten Generationen.

phillip.boeckskoer@wien.gv.at

Masterplan Lehrausbildung Neu

- 400 Lehrlinge - 400 Zukunftsgeschichten
- 100-150 neue Chancen jährlich
- 20 Berufe für vielfältige Karrieren
- Ergebnisse der Pilotphase: Qualität und Motivation steigen
- Langfristige Vision: Zentrales Ausbildungszentrum

**Chancen für alle - heute,
morgen und in Zukunft.**

Warum Frauen rechts wählen

Bis zum 29.9.2024 war ich überzeugt, dass Frauen völlig anders wählen als Männer. Rechtsextremismus und Populismus, verbunden mit Stärke und Dominanz, galten als Männerdomäne.

Rechte Parteien werben seit jeher für eine traditionelle Rollenverteilung – ein emanzipiertes Frauenbild hat in dieser Weltanschauung nichts verloren, kommt gar nicht vor. Warum tendieren Frauen dennoch zu solchen Gruppierungen? Patriarchale Strukturen vermitteln offenbar eine gewisse Sicherheit. Eine Krise nach der anderen schafft Unsicherheit. Corona-Krise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, die enorme Teuerung; das alles führt zwangsläufig zu Irritationen. Hört man genau hin, was rechte Parteien über Frauen sagen, könnte man annehmen, dass keine Frau je eine rechte Partei wählt. Aber immer mehr Frauen jeden Alters wählen rechts.



BILD: © SYMBOL FOTO SHUTTERSTOCK/LISA S

„Die FPÖ punktet bei Frauen mit dem Thema Sicherheit. Frauen in Österreich sind durch die Islamisierung von Gewalt besonders betroffen, so die FPÖ. Sie verschweigt jedoch, dass die meisten Gewalttaten Beziehungstaten sind“, fasst die Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle zusammen.

Zurück an den Herd

Die FPÖ sieht Frauen vor allem als Hausfrauen und Mütter, sie will Frauen mit einer „Herdprämie“ fördern, wenn sie zuhause bei den Kindern bleiben. Der Zugang zur Abtreibung soll erschwert und Gewaltschutzeinrichtungen die finanziellen Mittel gekürzt werden. Feminismus sieht sie als

Verschwörung, die Gleichstellung von Mann und Frau führt laut FPÖ zur Auflösung der Familie. Die Vaterrolle als Versorger und Beschützer der Familie darf nicht in Frage gestellt werden. Frauen sollen sich der „Brutpflege“ widmen und das beglückende Wunder der Mutterschaft als wichtigste Aufgabe ihres Lebens sehen, anstatt einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Norbert Hofer wirft Frauen, die keine Kinder möchten, Genussmaximierung vor.

Wer zahlt schafft an

Männer sollen laut FPÖ so viel verdienen, damit Frauen zu Hause bleiben können. Das bedeutet für Frauen aber „zurück in die

wirtschaftliche Abhängigkeit“ und keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Laut FPÖ zerstören Frauenhäuser Familien; damit haben Frauen, die von Gewalt betroffen sind, keine Möglichkeit, sich aus einer gewaltgeprägten Beziehung zu lösen und müssen sich ihrem Schicksal ergeben. Das entspricht nicht meiner Vorstellung von einer modernen, zeitgemäßen und geschlechtergerechten Politik.

regina.mueller@wien.gv.at



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Regina Müller
Frauvorsitzende
sowie Referentin für
Diversität

„Für die FPÖ sind Frauen vor allem Hausfrauen und Mütter.“

„Social Media und KI spalten die Gesellschaft“

Wie Algorithmen unser Leben beeinflussen und warum gesellschaftliche Polarisierung den politisch Rechten zugutekommt, erklärt Kabarettist Thomas Maurer im teamwork-Interview.



BILD: © GEORG WILKE/NGI

Karin Zauner-Lohmeyer
Chefredakteurin
teamwork

In Ihrem aktuellen Programm „Trotzdem“ befassen Sie sich mit Handysucht und künstlicher Intelligenz (KI). Warum?

Diese Themen betreffen uns alle. Die US-Wahl war ganz massiv von Social Media und Algorithmen getrieben. Wir haben jetzt in den USA die Silicon-Valley-Milliardäre, die eigentlich die Regierung stellen. Peter Thiel ist nun quasi Privateigentümer des Vizepräsidenten. Elon Musk hat alles getan, um Trump als Ersten über die Ziellinie zu bringen und wird nun mit einem Regierungsjob belohnt.

Der Einsatz von KI auf Social Media überfordert uns?

Ja. Es gibt die These, dass jedes neue Medium zunächst einmal überfordert, zumindest die erste Generation – und dass es zunächst einmal für Propaganda und Aggressivität genutzt wird. Das war der Buchdruck im Dreißigjährigen Krieg, das war das Radio im Zweiten Weltkrieg. Und nun die Künstliche Intelligenz. Allein die Tatsache, dass so wahnsinnig viel KI-generierte Propaganda unterwegs ist, die sich aber als ganz normale Leute tarnt, ist überfordernd.

Warum war Trump so erfolgreich?

Sein Erfolgsrezept beruht darauf, dass ein normaler Mensch nicht darauf gefasst ist, permanent angezogen zu werden. Wir sind soziale Tiere und haben ein Grundbedürfnis, dass wir jemandem zunächst einmal glauben, wenn



BILD: © GEORG WILKE/NGI

er oder sie uns etwas ins Gesicht sagt, ohne rot zu werden. Der Prozentsatz an Leuten, die so umfassend lügen können, ist ja relativ gering. Deswegen scheint es da zu wenige Abwehrkräfte zu geben. Und diese Lügen werden durch unglaublich avancierte Technik noch einmal verstärkt.

Wann wird eigentlich das Kabarett durch ChatGPT ersetzt?

Nicht so bald, glaube ich. Aber: ChatGPT wird sicherlich besser. Künstliche Intelligenz imitiert ja lediglich Muster in unglaublich großen Datenmengen. Übersetzungen funktionieren damit mittlerweile richtig gut.

Wie beurteilen Sie die Situation in Österreich?

Da fällt mir nicht viel Ermutigendes ein. Der Aufstieg der FPÖ war vorhersehbar und ist auch im Zusammenhang mit diesen Medienmaschinen zu verstehen. Wenn

du heute auf Facebook oder X gehst, weil du glaubst, dort ist ein freier Meinungs austausch, wie es Herr Musk sagt, dann kannst du ganz schön einfahren. Die Algorithmen polarisieren. Du kriegst entweder Dinge angezeigt, mit denen du total übereinstimmst, oder Dinge, die dich irrsinnig aufregen. Social Media und KI spalten die Gesellschaft. Davon profitieren grundsätzlich die Rechten. „Schwarz-Weiß-Lösungen“, „wir gegen die“, „ja oder nein“ etc. gehören viel mehr zu einer autoritären Agenda als zu einer liberalen, die auf Diskurs ausgelegt ist. Die FPÖ hat zudem früh begonnen, eigene Online-Kanäle aufzubauen, jenseits etablierter Medien, über die sie nun ihre Sympathisanten erreicht.

Gibt es noch andere Gründe, warum die Rechte in Europa so einen Rückenwind hat?

Es gibt auch ganz reale Faktoren, wie die Demografie. Es gibt heute sehr viel mehr Ausländer und Menschen, die wie Ausländer aussehen, in westlichen Städten, wo der Islam zweifellos sehr problematische Aspekte hat. In den 1990ern waren noch die „Jugos“ die Bösen, da war vom Islam noch keine Rede. Und Unzufriedene suchen sich dann im Zweifelsfall neue Gruppen, auf die man losgehen kann.

Die SPÖ hat das Problem, dass das Proletariat überwiegend nicht wählen darf, weil viele



BILD: © GEORG WILKE/HGT

Thomas Maurer: „In den letzten Jahrzehnten ist massiv von unten nach oben umverteilt worden.“

keine österreichischen Staatsbürger sind. Die alte SPÖ-Klientel ist in ein Kleinbürgertum aufgestiegen und fühlt sich von Fremden bedroht. Zudem ist in den letzten Jahrzehnten massiv von unten nach oben umverteilt worden und die Milliardärsvermögen sind explodiert. Das alles ist eine giftige Mischung für die Demokratie. Die Leute machen dafür jene verantwortlich, die sie am öftesten im Fernsehen sehen: die Regierung und die da oben. So gehen auch Mächtigen-Milliardäre wie Herr Trump oder ein lebenslang von Steuergeldern alimentierter Herr Kickl als Rebellen durch.

Welche Rolle spielen die österreichischen Medien im ganzen Politikspektrum?

Die österreichische Mediensituation ist ganz besonders unappetitlich. Es gibt in Österreich ein Ausmaß an manifester Korruption, was in Deutschland undenkbar

wäre. Also wir geben pro Kopf zehnmal so viel an Regierungsinsparaten aus wie die Deutschen. Das ist unverschämt!

Was ist für Sie normal?

Ich glaube, dass Normalität in Mumbai ganz anders aussieht als in Kritzensdorf. Ich persönlich finde den Level an aggressivem Neid und in Aggressionen gekipptes Minderwertigkeitsgefühl, das in Österreich politisch gerade die treibende Kraft ist, auch nicht normal. Aber ich finde es normal im Sinn von: „Ah, ich kenne das schon. Ich weiß, das ist da draußen!“

Haben Sie Vorbilder?

Es gibt ganz viele Menschen, die ich toll und inspirierend finde! Aber nicht in dem Sinn, dass ich mir ihren Stil aneignen hätte wollen.

Wenn Sie nicht Kabarettist wären, welchen Beruf würden Sie haben?

Also entweder wäre ich Buchhändler geblieben, oder ich wäre doch

Zeichner geworden. Ich bin auch ein ganz guter Koch. Vielleicht hätte es mich dahin verschlagen.

Thomas Maurer

geboren 1967, aufgewachsen und wohnhaft in Wien. Er absolvierte eine Buchhändlerlehre mit Auszeichnung und entschied sich nach dem Zivildienst für eine Laufbahn als Kabarettist. Erste Erfolge feierte er 1988 bei einem Talentwettbewerb im Kabarett Niedermaier. Seitdem ist er mit bisher 20 Programmen als Solokabarettist in ganz Österreich bekannt. Gerne und regelmäßig arbeitet er mit Kollegen zusammen (z. B. Hader, Palfrader, Scheuba, Puntigam), ist federführend an Fernsehprojekten beteiligt und verfasst Kolumnen, Reportagen, Kurzgeschichten und Drehbücher.

Aktuelles Programm „Trotzdem“

Mit Künstlicher Intelligenz, Handy-Gebrauch und Social Media befasst sich Thomas Maurer in seinem aktuellen Soloprogramm „Trotzdem“. Darin brilliert er „als Internet-Junkie im Digital-Detox-Hotel“ (Kurier).

Weitere Infos zum Programm:

<https://thomasmaurer.at/de/termine>

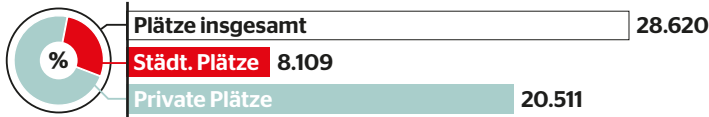
Nachdenk-Seiten



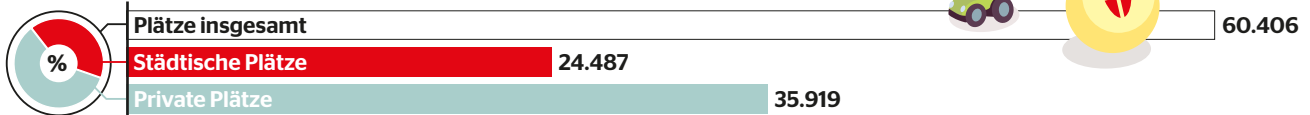
Wiener Kindergärten

Öffentliche und private Bildungseinrichtungen in Zahlen

Platzangebot für 0-3 Jährige



Platzangebot für 3-6 Jährige



Eingeschriebene Kinder

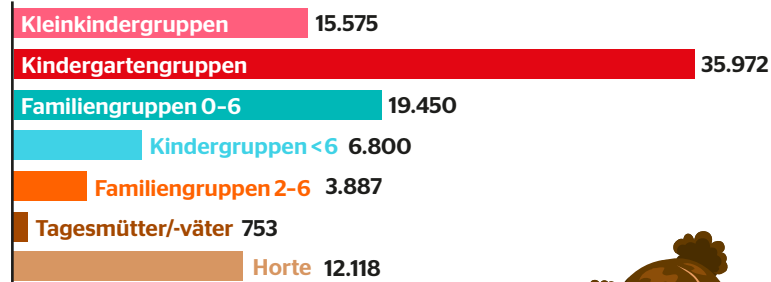
in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen



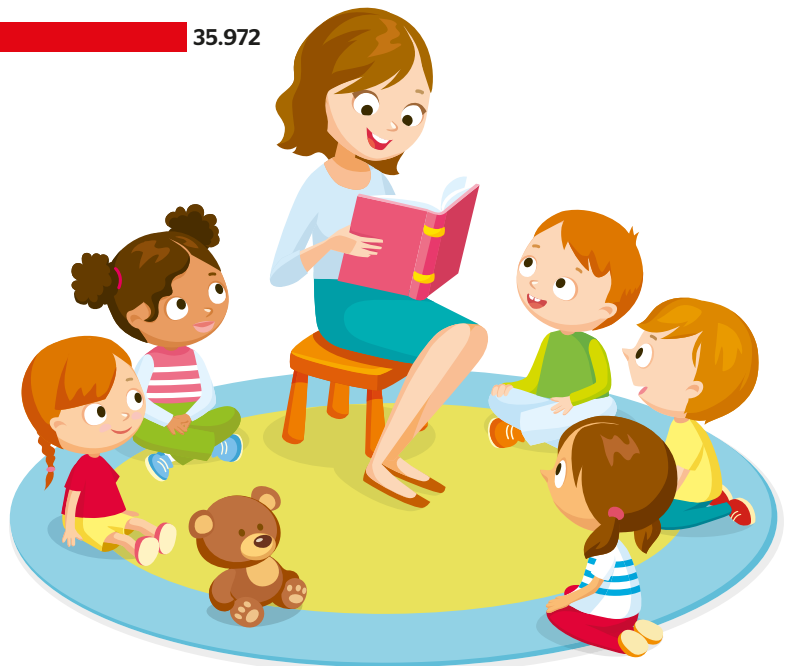
Betreuungsquote



Betreuungsarten



Personal der MA 10



Echt gut!



„Das Management hat vollkommen versagt und sich auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen und zulasten der Steuerzahler*innen bereichert. So etwas darf nicht passieren.“

Andreas Babler, SPÖ-Vorsitzender,
zur KTM-Pleite, OTS, 29.11.2024



„Wer sich vom Nationalsozialismus nicht glaubhaft abgrenzen kann, darf am Gedenken an seine Opfer nicht teilnehmen.“

Alon Ishay, Präsident der Jüdischen österreichischen Hochschüler*innen, in Richtung Nationalratspräsident Walter Rosenkranz, OTS, 8.11.2024



„Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker soll sich auf ihre Aufgaben fokussieren und nicht Politik machen, indem sie eine Null-Lohnrunde im öffentlichen Dienst fordert.“

August Wöginger, ÖVP-Klubobmann, OTS,
18.11.2024.



„Die Scham muss die Seiten wechseln.“

Gisèle Pelicot im Vergewaltigungsprozess
von Avignon



Echt böse!



„Nie im Leben.“

Walter Rosenkranz (FPÖ), Nationalratspräsident,
zum Thema Austritt aus der Burschenschaft
Libertas, Kurier, 29.11.2024



BILD: © INGO PERTRAMER

BARBARA BLAHA
„Mein
Standpunkt“

Wer Beamten-Nullrunden fordert, kürzt Löhne in der Daseinsvorsorge

Unternehmen erhöhen ihre Preise ein Jahr lang. Die Beschäftigten haben derweil gleich viel Geld im Börsen, müssen die gestiegenen Preise aber trotzdem zahlen.

Im Herbst steigen dann die Vertreter*innen beider Seiten in den Ring: Der Kampf um die Lohnanpassung beginnt. Um wie viel darf's mehr sein? Die Rechnung ist denkbar einfach: Damit die Arbeitnehmer*innen nicht plötzlich vor einer De-facto-Lohnkürzung stehen, müssen die Löhne zumindest um die Teuerungsrate steigen.

Doch die budgetäre Situation in Österreich ist heuer angespannt. Die scheidende Regierung hinterlässt uns ein großes Minus im Budget. Schnell sind daher viele mit einem Vorschlag zur Hand: „Na, wenn der Staat sparen muss, dann gibt es eben eine Nulllohnrunde für die Beamten.“ Viele Menschen nicken zustimmend, sie haben die Spitzen-Verdiener*innen im Staatsapparat im Kopf, die mit 10.000 Euro pro Monat und mehr nach Hause gehen. Die brauchen doch die Inflationsanpassung gar nicht, oder?

Doch die sind die absolute Ausnahme. Die Regel hingegen sind all jene, die das Land am Laufen halten, mit einem durchschnittlichen Gehalt. Öffentlich Bedienstete, das sind die Elementarpädagog*innen in den staatlichen Kindergärten. Das sind die Krankenpfleger*innen in den öffentlichen Spitälern, das sind die Beschäftigten bei der Müllabfuhr. Statt ihren Lohn zu kürzen und das Budget auf ihrem Rücken zu sanieren, könnte man auf gerechtere Ideen setzen. Ein faires Steuersystem zum Beispiel, an dem auch sehr vermögende Menschen ihren Anteil leisten.

Barbara Blaha ist Leiterin des Momentum Instituts und Herausgeberin des dazugehörigen Moment Magazins.

„Essenszuschuss NEU“ im **Testbetrieb**

Über 400 Mitarbeiter*innen testen bereits seit November die „Pluxee Lebensmittel Karte“. Nächstes Jahr werden die „Essensmarkerl“ dann endgültig abgelöst.



BILD: © PRD / VOTAVA

Das Projektteam arbeitet seit Herbst 2023 zuerst an der Erhöhung des Essenszuschusses und nun an der Umstellung auf die digitale Lösung

Das rote Essensmarkerl hat bald ausgedient. Mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 25.09.2024 stellt die Stadt Wien ihren Essenszuschuss bald auf ein neues, modernes System um: Künftig wird der Essenszuschuss über die Pluxee Lebensmittel Karte abgewickelt. Dabei handelt es sich um ein System, bei dem der Essenszuschuss monatlich im Nachhinein auf eine virtuelle Karte aufgeladen wird,

die auf dem Diensthandy und/oder Privathandy installiert werden kann. Die Berechnung des Anspruchs richtet sich nach den geleisteten Arbeitstagen des Vormonats. In begründeten Ausnahmefällen kann auch eine physische Wertkarte angefordert und verwendet werden.

Einlösemöglichkeiten

Eingelöst werden kann das Guthaben dann bei allen rund 11.000 Einlösestellen der Firma Pluxee in ganz Österreich. Neben zahlreichen Lebensmittelgeschäften und Restaurants sind auch viele Fleischerien, Bäckereien und sogar Lieferdienste dabei. Damit

erhöhen sich die Einlösemöglichkeiten deutlich im Vergleich zum bisherigen System. „Mit der Digitalisierung des Essensmarkerls bauen wir einen bekannten und beliebten Benefit für unsere Mitarbeiter*innen weiter aus und bringen ihn in ein modernes und benutzer*innenfreundliches Gewand“, freut sich Personaldirektorin Cordula Gottwald.

Optimierungsphase angelaufen

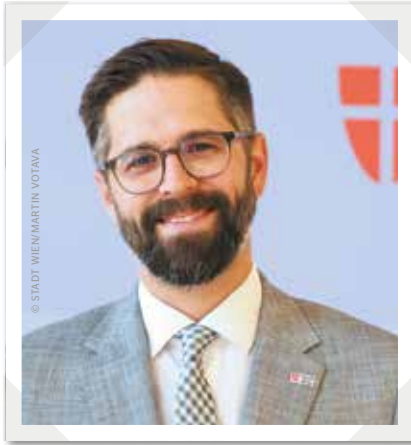
Seit 1. November ist die Pluxee Lebensmittel Karte bereits im Testeinsatz: Über 400 Kolleg*innen aus verschiedenen Dienststellen testen gerade das neue System. Dabei geht es vor allem darum, ein Gefühl für das neue System zu bekommen und zu sehen, ob alle geplanten Prozessschritte in der Praxis funktionieren und umsetzbar sind. Unterstützungsbedarf soll identifiziert werden, und auf Basis des Feedbacks im Testbetrieb werden auch Informationsmaterial und FAQs entsprechend angepasst.

Umstellung 2025

Eine Ausrollung für alle Mitarbeiter*innen ist im Laufe des Jahres 2025 vorgesehen. Davor wird ein umfassendes Informationsangebot für die Personalstellen erarbeitet und ein neuer Erlass herausgegeben. Weitere Informationen zur Umstellung sowie aktuelle FAQs werden auf der Homepage der MD-PR laufend zur Verfügung gestellt.

teamwork@fsg-hgl.at

Beliebter Benefit für die Mitarbeiter*innen wird digitalisiert.



Mag. David Vldar

Neuer Bereichsleiter für Immo-Strategie der Stadt Wien

Der Leiter der MA 69 – Immobilienmanagement, David Vldar, wird Bereichsleiter für Immobilienstrategie mit dem sich aus § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien ergebenden Weisungsrecht. Magistratsdirektor Dietmar Griebler überreichte Vldar am 31. Oktober im Beisein von Stadtbau- direktor Bernhard Jarolim und der Vertreterin der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft, Angela Lueger, das Bestellsdekret. Die Bereichsleitung für Immobilienstrategie gibt es seit 2011. Vorgängerin Daniela Strassl hatte sie seither inne und verabschiedete sich mit Anfang Oktober in den Ruhestand.



Mag.ª Petra Martino

Neue Leiterin des Geschäftsbereichs Recht in der Magistratsdirektion

Die Juristin Petra Martino ist neue Leiterin des Geschäftsbereichs Recht in der Magistratsdirektion der Stadt Wien. Wiens Magistratsdirektor-Stellvertreter Wolfgang Müller überreichte der neuen Leiterin im Beisein von Bürgermeister Michael Ludwig, Personalstadtrat Jürgen Czernohorszky, zahlreichen weiteren Mitgliedern des Wiener Stadtsenats und dem stellvertretenden Vorsitzenden der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft Manfred Obermüller das vom Bürgermeister unterzeichnete Bestellsdekret. Sie folgt Karl Pauer nach, der diesen Geschäftsbereich seit August 2010 geleitet hat und Ende September in Pension gegangen ist.



Führung des Wiener Gesundheitsverbands für weitere fünf Jahre bestätigt

Mag.ª Dr.ª Evelyn Kölldorfer-Leitgeb als WIGEV-Generaldirektorin und Dipl.-Ing. Herwig Wetzlinger als Direktor AKH und WIGEV-Vorstandsdirektor mit Funktion des GDⁱⁿ-Stv. wiederbestellt

Der Wiener Gesundheitsverbund ist mit rund 30.000 Mitarbeiter*innen der größte Gesundheitsdienstleister Österreichs. Hier wird Tag und Nacht für die optimale medizinische, therapeutische und pflegerische Versorgung aller Wiener*innen gearbeitet. Seit September 2018 steht Evelyn Kölldorfer-Leitgeb als Generaldirektorin an der Spitze dieser Unternehmung der Stadt Wien, ebenso ist Herwig Wetzlinger als Generaldirektorin-Stv. tätig.

Am 26. November 2024 überreichte Wiens Magistratsdirektor-Stellvertreter Wolfgang Müller im Beisein von Bürgermeis-

ter Michael Ludwig, Personalstadtrat Jürgen Czernohorszky, zahlreichen weiteren Mitgliedern des Wiener Stadtsenats und dem stellvertretenden Vorsitzenden der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft Manfred Obermüller die vom Bürgermeister unterzeichneten Bestellsdekrete. Die beiden Gesundheitsexpert*innen haben sich bei der von der Personalberatungsfirma AltoPartners betreuten Ausschreibung durchgesetzt und sind somit weitere fünf Jahre im Amt. Gemeinsam mit dem Medizinischen Direktor Michael Binder und dem Direktor der Geriatriezentren und Pflegehäuser mit sozialmedizinischer Betreuung, Hannes Nadlinger, bilden sie die Generaldirektion.

Neue Venenambulanz sorgt für gesunde Beine

Besenreiser, Krampfadern & Co: Im Sanatorium Hera werden effiziente und gleichzeitig sanfte Methoden bei Venenerkrankungen eingesetzt.



Löblichgasse 14
1090 Wien
T +43 1 31 350-0

Geschwollene, schwere Beine, Spannungsgefühl oder rötliche Hautverfärbungen an den Beinen: Die ersten Anzeichen von Venenerkrankungen fallen zunächst nur kosmetisch auf. Ein Ignorieren von diesen Symptomen sollte jedoch vermieden werden, denn unbehandelt können ernsthafte Folgeerkrankungen entstehen.

Durch überlastete oder schwache Venen werden sowohl das Bindegewebe als auch die Venenklappen geschwächt. Diese Venenklappen, die wie Ventile funktionieren, verhindern normalerweise den Rückfluss des Bluts. Wenn sie ihre Verschlussfähigkeit verlieren, fließt das Blut in den defekten Venen wieder nach unten, was zur Bildung von Krampfadern führt. Diese Venen können ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Schwere Ausprägungen von Krampfadern sind beispielsweise Verdickung und Verfärbung der Haut, das offene Bein mit schmerzhaften Geschwüren,



Gesunde und schmerzfreie Beine durch moderne Verfahren

Blutungen oder Beinvenenthrombosen, die lebensbedrohend werden können.

Innovative Techniken

Damit es nicht so weit kommt, gibt es für Betroffene eine neue Anlaufstelle im Sanatorium Hera: Die mehrfach ausgezeichnete Dermatologin und Venenspezialistin

Assoz. Prof.ⁱⁿ PD Dr.ⁱⁿ Stanislava Tzaneva verantwortet seit kurzem die Abteilung für Dermatologie und eröffnete eine Venenambulanz. Dort werden Patient*innen mithilfe schonender Ultraschalltechnik untersucht. Die Behandlung erfolgt durch minimalinvasive Eingriffe, welche tagesklinisch oder stationär durchgeführt werden. Zum Einsatz kommt eine endovenöse Behandlung von Krampfadern mit Laser, die praktisch ohne Schnitte und ohne Ausfallzeiten der Patient*innen erfolgt.

Rasche Mobilität

Die Erfolge der Behandlung sind für die Patient*innen deutlich spürbar: erheblich reduzierte Beschwerden, schnelle Mobilität nach der Behandlung sowie optimal ästhetische Ergebnisse.



BILD: © SANATORIUM HERA/VID/BERCHTOLD

Venenambulanz im Sanatorium Hera

Löblichgasse 14, 1090 Wien
Telefonische Anmeldung unter:
+43 1 31 350-45444
www.sanatoriumhera.at

Prof.ⁱⁿ PD Dr.ⁱⁿ Stanislava Tzaneva
Leiterin Fachbereich Dermatologie
Fachärztin für Dermatologie und Angiologie

Neues Jahr - neue Vorsätze?

Ein paar Kilo abnehmen, mit dem Rauchen aufhören, mehr Bewegung machen, weniger Fernsehen bzw. weniger Soziale Medien konsumieren - wir nehmen uns immer viel vor.

Der Beginn eines neuen Jahres ist seit jeher auch immer ein Stichtag für einen Neustart. Die konsequente langfristige Umsetzung von Vorhaben ist jedoch eine große Herausforderung. Häufig werden ähnliche oder sogar dieselben Vorsätze immer wieder ins neue Jahr mitgenommen. Aber warum fällt es uns so schwer, Vorsätze einzuhalten?

Meist stecken wir uns sehr hohe Ziele und nehmen uns radikale Veränderungen vor. Im Bereich der Ernährung gibt es zum Beispiel viele ambitionierte Vorsätze wie kein Fleisch mehr zu essen oder Kohlenhydrate gänzlich zu streichen. Solch rigorose Veränderungspläne bringen so manche Schwierigkeiten mit sich, insbesondere bei der Ernährung. Denn unsere Mahlzeiten sind mit vielen Gewohnheiten, Traditionen und Ritualen verbunden. Es ist in unserer Kultur verankert, dass wir Familie und Freunde zum Essen treffen. Der Geburtstagskuchen, der Osterbrunch, eine Grillerei im Sommer oder das Weihnachtsessen sind Fixpunkte und tragen uns durch das Jahr. Dies erschwert es uns, Veränderungen erfolgreich und langfristig umzusetzen.

Kleine Schritte

Dabei würden bereits kleine Adaptierungen unserer Gewohnheiten ausreichen, um nachhaltige und langfristige Veränderungen zu bewirken. Wenn Sie zum Bei-

spiel täglich zwei Tassen Kaffee mit jeweils zwei Stück Würfelzucker konsumieren, nehmen Sie alleine damit täglich 50 kcal zu sich. Gelingt es Ihnen, den Zucker im Kaffee zur Gänze wegzulassen, verringern Sie in einem Jahr ihre Kalorienzufuhr um über 18.250 kcal und erreichen eine Reduktion von ca. 2,5 kg Körperfett.

Große Wirkung

Schon kleine Änderungen der eigenen Gewohnheiten können einen großen Effekt erzielen und uns langfristig ein größeres Ziel erreichen lassen. Auf dem Weg dahin erleben wir uns erfolgreich

und selbstwirksam. Weitere Tipps zu diesem und anderen Gesundheitsthemen bietet Ihnen das AMZ in regelmäßigen Workshops und Webinaren an. Infos unter intrex.kfhe.net Noch ein Tipp: Veränderungen sind nicht an den 1. Jänner gebunden. Starten Sie sofort! Welche kleine Veränderung nehmen Sie sich ab heute vor?

arbeitsmedizin@amz-kfawien.at

„Welche Veränderungen nehmen Sie sich ab heute vor?“



Veränderung ist nicht an den 1. Jänner gebunden. Starten Sie sofort!

AMZ
Arbeitsmedizinisches Zentrum der KFA

Hermannngasse 24-26
1070 Wien
T +43 676 8118 50720

BILD: © SYMBOL FOTOSTOCK/DENAXLINEBGT

In unsicheren Zeiten gibt nur Zusammenhalt Halt.

Miteinander statt gegeneinander

Die Zeiten sind wirklich unruhig geworden, vieles ist nicht mehr wie es einmal war. Wenig Stabilität und Verlässlichkeit bedeuten Verunsicherung und Unruhe. Wie wird es mit Österreich weitergehen? Wie wird es mit Europa weitergehen? Wie wird es mit den USA weitergehen? Wie wird es mit dem Krieg in der Ukraine weitergehen? Wie wird es mit mir weitergehen?

Die einen haben bzw. finden keinen Job, die anderen suchen verzweifelt Mitarbeiter*innen. Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Nicht nur in Österreich scheint

die Gesellschaft mehr und mehr gespalten. Rechte Ideologien nützen weltweit diese Situation. Sie sprechen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung an und propagieren scheinbar einfache Lösungen, indem sie Schuldige für diese Misere benennen und diese an den Pranger stellen. Die Probleme gelöst haben sie jedoch noch nirgendwo.

Eine Gegenstrategie müsste sein, alle Bevölkerungsgruppen anzusprechen und an einer gemeinsamen Lösung für unsere gemeinsame Zukunft zu arbeiten. Der Generationenvertrag unserer Vorfahren hat heute oftmals keine Gültigkeit mehr, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben.



BILD: © PHILIPP SCHUSTER / HGT

„Es braucht Wertschätzung, Verständnis und Respekt allen gegenüber!“

Deshalb müsste man auf Basis der neuen Realitäten einen neuen Generationenvertrag über alle Teile der Bevölkerung hinweg schließen. Einen Vertrag, in dem sich jeder und jede von uns wiederfinden kann, der einen sicheren Rahmen und Halt für die nächsten Jahrzehnte bietet.

Dabei gilt es, niemanden aus unserer Gesellschaft auszuschließen, sondern vielmehr alle Teile unserer Gesellschaft einzubinden und dadurch auch in die Verantwortung zu nehmen. Dazu ist ein Aufeinanderzugehen und vor allem Zuhören notwendig. Ein „anders sein“ und „anders denken“ als

Recht, und vielleicht sogar als Stärke, zu betrachten.

Jeder ist ein wichtiger Teil in dem großen Gebilde der Gesellschaft. Das Funktionieren kann nur durch den Beitrag jeder und jedes Einzelnen von uns gelingen. Das bedeutet allerdings: Wertschätzung, Verständnis und Respekt allen Gruppen unserer Gesellschaft gegenüber. Jede und jeder sollte das Gefühl haben, ein wertvoller Teil des großen Ganzen zu sein. In diesem Sinne steht dieser Wunsch ganz oben auf der Wunschliste an unsere neue Bundesregierung zu Weihnachten.

felix.steiner@fsg-hgt.at

Drohen. Schlagen. Würgen.**Gewalt ist keine Privatsache!**

Seit 1978 bieten die Wiener Frauenhäuser misshandelten und/oder bedrohten Frauen und ihren Kindern Schutz und Hilfe. 365 Tage im Jahr. Rund um die Uhr.

Häusliche Gewalt gegen Frauen war bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ein absolutes Tabuthema. Erst mit Beginn der sogenannten Zweiten Welle der internationalen Frauenbewegung Ende der 1960er-Jahre wurde Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft öffentlich diskutiert. Die Gesellschaft begann umzudenken. 1971 gründete Erin Pizzey in London das erste Haus für misshandelte Frauen in Europa. In der Folge entstanden weitere „Frauenhäuser“ in England, in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden. Sie alle haben ein Ziel: misshandelten Frauen und ihren Kindern sowohl Schutz als auch rasche, unbürokratische Hilfe zu gewähren, damit diese in gewaltfreier Atmosphäre Entscheidungen für ihr weiteres Leben treffen können.

Im September 1978 beschloss der Wiener Gemeinderat die finanzielle Unterstützung für ein Frauenhaus, das am 1. November 1978 eröffnet wurde. Aufgrund der großen Nachfrage wurde bereits 1980 das zweite Frauenhaus eröffnet. Ab 1992 begann der Verein mit ambulanten und telefonischen Beratungstätigkeiten und bot ab 1993 erste Übergangswohnungen an, die zeitlich begrenzt an Frauen vergeben werden, welche nicht mehr akut



**Unter dem
Notruf 05 77 22
ist der Verein Wiener
Frauenhäuser Tag und
Nacht erreichbar.
365 Tage im Jahr.**

brennende Aktualität. Die Nachfrage ist weit größer als das Angebot. Zum Schutz der Betroffenen werden die Adressen der Frauenhäuser geheim gehalten.

Drohen, schlagen, würgen, schubsen, stoßen, treten, kratzen, verbrennen, einsperren, beleidigen, beschimpfen, herabwürdigen, manisches Kontrollieren, zu sexuellen Handlungen zwingen und vieles mehr – Gewalt hat sehr viele Gesichter und ist inakzeptabel. Jede Frau und jedes Kind hat das Recht auf Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit!

von Gewalt betroffen sind, aber weiterhin Unterstützung benötigen.

1996 wurde ein drittes Frauenhaus in Wien eröffnet, ein viertes 2002. Die Stadt Wien folgte damit einer Empfehlung des Ausschusses des Europäischen Parlaments für die Rechte der Frau, nach der pro 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner ein Platz für eine misshandelte Frau in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen sollte.

Zum 40-jährigen Bestehen des Vereins Wiener Frauenhäuser wurde 2018 der Bau eines fünften Frauenhauses angekündigt, das im Dezember 2022 eröffnet wurde. Damit stehen in Wien insgesamt 228 Plätze und mehr als 50 Übergangswohnungen zur Verfügung. Mehr als 45 Jahre nach Öffnung des ersten Frauenhauses – und aufgrund der dutzenden Femizide, die jedes Jahr in Österreich zu beklagen sind – besteht nach wie vor

White Ribbon für gewaltfreie Beziehungen

Die White Ribbon Kampagne ist die international größte Bewegung von Männern, die sich für die Beendigung der Männergewalt in Beziehungen einsetzt.



Beim Auftakt zur White Ribbon Kampagne am 12. November in der Volkshalle waren auch die Stadträt*innen dabei

Die Kampagne wurde im Jahr 1991 in Kanada ins Leben gerufen, seitdem haben Männer weltweit begonnen, sich für gewaltfreie Beziehungen zu engagieren. Die White Ribbon Österreich Kampagne will einen Beitrag zur Eindämmung der alltäglichen Gewalt von Männern in Paarbeziehungen leisten. Dafür betreibt die Kampagne Bewusstseinsarbeit in der Öffentlichkeit.

Symbol und Zeichen der Kampagne ist eine weiße Schleife – englisch white ribbon – die von möglichst vielen Männern sichtbar getragen werden soll. Männer fordern damit andere Männer auf

- keine Gewalt gegen Frauen auszuüben,
- ihre Haltung „Stoppt die Männergewalt“ öffentlich zu zeigen,
- sich für ein gewaltfreies Männlichkeitsbild und für Geschlechterdemokratie zu engagieren.

Die White Ribbon Kampagne setzt sich zum Ziel, Männer dafür zu gewinnen, aktiv und sichtbar gegen Männergewalt aufzutreten. Dafür betreibt die Kampagne, die in Österreich seit dem Jahr 2000 aktiv ist, verschiedene Projekte im öffentlichen Raum (Plakate, Homepage, Vorträge, Workshops

zur Bubenarbeit, Diskussionen, Benefizarbeit u. v. m.).

Männerproblem: Gewalt

Männer und Frauen erleben statistisch gesehen ähnlich viel Gewalt. Von (statistisch erfassbarer) häuslicher Gewalt sind Frauen allerdings überproportional häufig betroffen. Neun von zehn Gewalttäter*innen sind Männer. Das bedeutet, der zentrale Faktor für häusliche Gewalt ist nicht Einkommen, Herkunft, Kultur oder Ähnliches, sondern das Geschlecht. Gewalt wird Männern schon von klein an als etwas Hilfreiches antrainiert. Es wird als Ressource vermittelt, um sich

durchsetzen zu können. Um Gewalt anzuwenden, muss man sie aber auch oft erleben. Der Umgang unter Männern ist darum oft sehr hart und durch starke Hierarchien geprägt, dadurch wird Gewalt erlernt und normalisiert. Diese Gewalt wird in weiterer Folge auch gegen Frauen angewendet, oft im häuslichen Bereich, aber auch am Arbeitsplatz, im digitalen Raum und auf der Straße in Form von sexueller Belästigung.

In Krisen gewaltbereiter

Befinden sich gewaltbereite Männern in einer Lebenskrise, wird es für Frauen besonders gefährlich. Dabei sind vor allem ein Jobverlust des Mannes oder die bevorstehende Trennung von der Partnerin Situationen, in denen Männer zum ersten Mal gewalttätig werden bzw. die latent vorhandene Gewalt in ihrer Intensität zunimmt. In beiden Fällen steckt der Mann in einer vermeintlichen „Krise der Männlichkeit“. Er kann nicht mehr die Rolle erfüllen, die in seinen Augen notwendig ist, um ein echter Mann zu sein. Im Fall des Jobverlusts verliert er den Status des Familienernährers und ist damit konfrontiert, (mehr) unbezahlte „Frauenarbeit“ leisten zu müssen. Wenn sich die Partnerin trennen will, hat das ähnliche Folgen: Geht ein Mann davon aus, dass die Frau zu ihm gehört und er sie kontrollieren kann, passen eine Trennung gegen seinen Willen und das männliche Besitzdenken nicht zusammen.

Geld und Macht

In beiden Fällen sind Finanzen ein wichtiges Thema. Wenn Frauen finanziell von Männern abhängig sind, indem sie z. B. Teilzeit oder gar nicht bezahlt arbeiten, aber einen großen Teil bzw. die gesamte

unbezahlte Arbeit leisten – Haushalt, Kinderversorgung, Kranken- und Altenpflege – ist für sie der Ausstieg aus Gewaltbeziehungen kaum möglich.

Arbeitsplatz wirkt regulierend

Für patriarchale bzw. gewaltvolle Männlichkeitskonstruktionen sind die Arbeitswelt und die Männlichkeitsbilder, die im Rahmen dieser vermittelt werden, zentral. Der männliche Leistungsgedanke, die Abwertung und Objektifizierung von Frauen, die Aufwertung von „Männerarbeit und -berufen“ bei gleichzeitiger Abwertung von „Frauenarbeit und -berufen“, sowie die Hierarchisierungen und Abwertungen zwischen Männern finden oft in der Arbeitswelt unter Kollegen statt. In der Arbeitswelt entstehen häufig gewaltvolle Strukturen, gewaltvolles Verhalten wird geduldet, oft sogar belohnt. Die am

Arbeitsplatz erlernte Gewalt wird mit nach Hause gebracht.

Betrieb als zentraler Faktor

Betriebe können aber gegensteuern, vor allem mit einer wertschätzenden und rücksichtsvollen Arbeitskultur, die Kinderbetreuung und Hausarbeit auch für Männer mit dem Beruf kompatibel macht. Arbeitsstätten, in denen Männer und Frauen auf Augenhöhe arbeiten und Übergriffe sowie sexistisches Verhalten nicht toleriert werden, werden zu einem gewalthemmenden Faktor im Leben der Mitarbeiter*innen.

Um ein klares Bekenntnis gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen über die Aktion White Ribbon zusetzen, ist ein Selfie mit dem White Ribbon Pin unter www.hg1.at weiterhin möglich.

teamwork@fsg-hg1.at





Wiener Klimagesetz für gerechten und nachhaltigen Klimaschutz

Wien setzt ein wegweisendes Zeichen im Kampf gegen die Klimakrise, positioniert sich als Vorreiterin im Klimaschutz und sichert die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener.

Der Entwurf des neuen Wiener Klimagesetzes setzt ehrgeizige Ziele und bietet einen rechtlichen Rahmen für die vielen klimarelevanten Instrumente und Maßnahmen, die es in Wien schon gibt. Auch neue Instrumente werden im Klimagesetz festgeschrieben, das 2025 in Kraft treten soll. „Das Wiener Klimagesetz ist ein wichtiger Schritt und großer Erfolg für den Klimaschutz in unserer Stadt. Mit diesem Gesetz setzen wir klare Ziele und schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen, damit Wien auch in Zukunft die lebenswerteste und eine besonders klimafreundliche Stadt bleibt“, ist Klima-Stadtrat Jürgen Czernohorszky stolz auf diesen Meilenstein. „Damit sind wir auch für andere Städte ein Vorbild.“

Rechtliche Verankerung

Wiens ehrgeiziges Ziel: bis 2040 klimaneutral und klimaresilient zu werden. Dazu werden im Wiener Klimafahrplan die wichtigsten Maßnahmen und die größten Hebel zusammengeführt. Auch andere, im Klimagesetz verankerte, Instrumente unterstützen das möglichst rasche Erreichen der Klimaziele: Das Klimabudget zum Beispiel bewertet Maßnahmen nach Klimakriterien und ordnet Verantwortungen

sowie Klimaziele zu. Der Klimacheck für Gesetze und Verordnungen prüft klimarelevante Auswirkungen von Gesetzesnovellen, während der Klimacheck für Bauvorhaben bei allen Bauprojekten der Stadt Wien ab einem gewissen Schwellenwert durchgeführt wird. Klima-Allianzen ermöglichen Kooperationen der Stadt Wien mit in Wien tätigen Unternehmen, juristischen Personen, Institutionen oder Organisationen.

Klimagerechte Zukunft

Das Klimagesetz legt einen starken Fokus auf das Zusammenwirken von Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Andreas Januskovecz, Wiener Bereichsleiter für Klimaangelegenheiten, betont: „Die Wiener Klimaziele erreichen wir nur, wenn alle zusammenarbeiten. Deshalb legen wir auch im Gesetz einen Fokus auf Mitgestaltung. Damit wird es besonders positive Auswirkungen auf die Lebenswelt der Wienerinnen und Wiener haben.“ Durch die Einbindung der Wünsche, aber auch Sorgen der Bevölkerung wird eine gemeinsame Vision für die klimafreundliche Zukunft der Stadt entwickelt. Dazu können sich Wienerinnen und Wiener

gemäß Klimagesetz bei der Fortschreibung des Wiener Klimafahrplans einbringen und dabei helfen, gute und sozial verträgliche Lösungen im Kampf gegen die Klimakrise zu finden.

Mit dem geplanten Inkrafttreten des Klimagesetzes 2025 macht Wien einen wichtigen Schritt für den Klimaschutz und die Klimaanpassung – und treibt damit nicht nur seine eigenen Klimaziele voran, sondern sichert die lebenswerte Zukunft auch für die kommenden Generationen.



Hintergrundgespräch zum Wiener Klimagesetz im September 2024



**JETZT NEU!
HOTELZIMMER
& SPORTPLÄTZE
ONLINE BUCHEN**
www.ksv-wien.at

AKTIV. ENTSPANNT. MITTEN IM GRÜNEN. DER KSV-PLATZ IM PRATER

Umfangreiches Freizeit- und Sportangebot von Tennis (indoor/outdoor) und Fußball über Yoga und Laufen oder Nordic Walking bis zu Beachvolleyball und Minigolf, ein Hotel mit 24 klimatisierten Zimmern, drei Seminarräume und ein Veranstaltungszelt (teilweise mit einem Außenbereich) sowie ein Restaurant mit Terrasse – all das bietet der KSV-Platz im Prater, dem grünen Herzen Wiens. Das Angebot ist offen für alle, Mitglieder profitieren von Sonderkonditionen.

Neu und besonders praktisch: Buchen Sie Hotelzimmer und Sportplätze ganz bequem online – 24/7, von zu Hause oder unterwegs.

**Alle Infos zu unserem Angebot finden Sie unter www.ksv-wien.at
Treffen wir uns am KSV!**



Inhalt

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Europa**
Was die neue EU-Kommission für Beschäftigte bedeutet
- 05 **Leitartikel**
Fairer Gehaltsabschluss: Kaufkraft im öffentlichen Dienst gesichert

Hauptgruppe 1

- 12 **MA 67**
Arbeiten in der Kälte, bei Regen und Schnee
- 13 **Wien Kanal**
Ein echter Wiener geht nicht unter
- 14 **MA 33, 36, 37 und 46**
Alle Jahre wieder ...
- 15 **Dienststellen**
Systemumstellung auf M365

Gewerkschaft

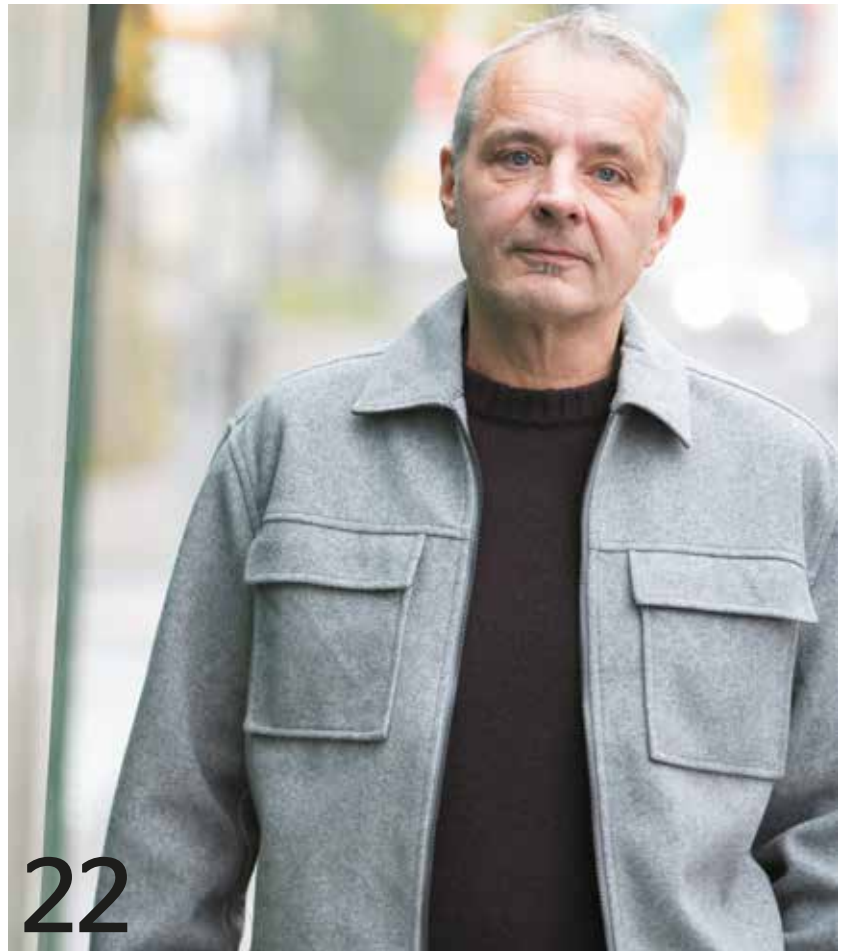
- 19 **Behinderung**
Gehörlos bedeutet nicht stumm
- 20 **Jugend**
Masterplan Lehrausbildung Neu: Fachkräfte sichern
- 21 **Frauen**
Warum Frauen rechts wählen

Gesund & Leben

- 28 **Sanatorium HERA**
Neue Venenambulanz sorgt für gesunde Beine
- 29 **Arbeitsmedizinisches Zentrum**
Neues Jahr - neue Vorsätze?

Serie

- 34 **Klimaschutz**
Wiener Klimagesetz für gerechten und nachhaltigen Klimaschutz



„Social Media und KI spalten die Gesellschaft“, sagt Kabarettist Thomas Maurer im großen teamwork-Interview



Miteinander statt gegeneinander



Querrauner: Aufwachen, Leute!

teamwork

youunion - HG 1, Modecenterstraße 14, Block C, 5. Stock, 1030 Wien

Österreichische Post AG
SM 02Z030516 S